

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2000

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

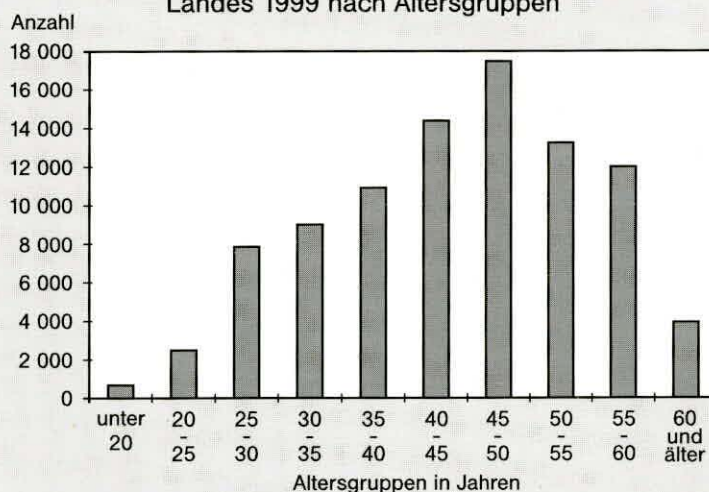
September

Oktober

November

Dezember

Vollzeit- und teilzeitbeschäftigtes¹⁾ Personal des
Landes 1999 nach Altersgruppen



1) Mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit.

Inhalt

Altersstruktur der Landesbediensteten	213	Der Anteil der älteren Beschäftigten hat in der Vergangenheit stetig zugenommen. Von den nahezu 92 000 Vollzeit- und mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit Teilzeitbeschäftigten war 1999 bereits knapp ein Drittel 50 Jahre und älter.
<hr/>		
Produktionsgrundlagen der landwirtschaftlichen Betriebe 1999	221	Aus der Landwirtschaftszählung 1999 stehen aktuelle und umfangreiche Daten über die Situation in der Landwirtschaft zur Verfügung. Sowohl hinsichtlich der durchschnittlichen Bestandsgröße als auch der regionalen Verteilung zeigen sie unter anderem eine weitere Konzentration der Viehbestände.
<hr/>		
Das Erntejahr 2000	229	Der Verlauf des Erntejahres ermöglichte bei vielen Kulturarten gute Erträge.
<hr/>		
Anhang	81*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	87*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Landesbedienstete werden immer älter

Von den nahezu 92 000 Landesbediensteten waren 1999 ein Drittel jünger als 40 Jahre, gut ein Drittel zwischen 40 und 50 Jahre sowie knapp ein Drittel 50 Jahre und älter. In den vorhergehenden Jahren lag das Schwergewicht eindeutig bei den unter 40-Jährigen. 1977 stellten sie 59% und 1990 immerhin noch 47%. Besonders stark war die Zunahme in der Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen, deren Anteil im gleichen Zeitraum von 21% auf 31% stieg. Auf die 50-jährigen und älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entfiel 1977 eine Quote von 21%, die sich bis 1990 geringfügig auf 22% erhöhte.

In den einzelnen Aufgabenbereichen ist die Altersstruktur zum Teil recht unterschiedlich. Der personalintensive Schulbereich ist mit jüngeren Lehrkräften unterdurchschnittlich besetzt. Jünger als 30 Jahre sind 8,2% der Lehrkräfte, bei den 30- bis 40-Jährigen liegt der Wert bei 15,3%. Der Anteil der jüngeren Lehrkräfte ist im Zeitablauf gesunken, während der für die älteren Jahrgänge kräftig angestiegen ist. Zwischen 50 und 55 Jahre sind heute 19,1%, weitere 20,9% sind älter, das heißt, in den nächsten acht Jahren wird mindestens jeder fünfte Lehrer aus Altersgründen ausscheiden. Noch wesentlich ungünstiger ist die Altersstruktur an den Gymnasien.

Bei der Polizei dagegen hat die Ausweitung des Personalstandes dazu geführt, dass heute die jüngeren Jahrgänge überrepräsentiert sind, denn 17% sind jünger als 30 Jahre, weitere 26,1% sind zwischen 30 und 40 Jahre alt. Ia

Mehr über dieses Thema auf Seite 213.

Landwirtschaftliche Betriebe nutzen 36% der Landesfläche – Viehhaltung vor allem in Bitburg-Prüm

95% der bei der Landwirtschaftszählung im Mai 1999 erfassten 35 500 landwirtschaftlichen Betriebe werden als Einzelunternehmen und damit als klassischer Familienbetrieb geführt. Die Rechtsform der übrigen Betriebe ist die einer Personengesellschaft oder einer juristischen Person. Insgesamt werden rund 36% der Gesamtfläche des Landes von den Betrieben landwirtschaftlich genutzt. 3,5% der Betriebe bewirtschaften mittlerweile ein Viertel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die meisten Betriebe liegen in den durch den Weinbau geprägten Landkreisen.

Fast 95% der größeren Höfe mit 100 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) verfügen über Ackerland. Von den Betrieben, die nur 2 bis 5 ha LF be-

wirtschaften, weist dagegen nur rund ein Drittel Ackerflächen auf. Von den Betrieben dieser Größenordnung bewirtschaftet fast jeder zweite Rebflächen. Der Anteil der Betriebe, die über Dauergrünland verfügen, liegt zwischen 49% in der Größenklasse 2 bis 5 ha und 84% in der Größenklasse 100 ha LF und mehr.

42 % der landwirtschaftlichen Betriebe hielten Vieh. Der Anteil viehhaltender Betriebe liegt damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (76%). Während die Viehbestände insgesamt zurückgegangen sind, haben die durchschnittlichen Bestände je Betrieb zugenommen. Ein Betrieb hielt 1999 im Durchschnitt 51 Rinder oder 89 Schweine. Anfang der neunziger Jahre waren es dagegen erst 35 Rinder oder 42 Schweine. Die meisten Rinder und Schweine stehen im Landkreis Bitburg-Prüm. Hier verdrängten die landwirtschaftlichen Betriebe in der Schweinehaltung den Landkreis Mayen-Koblenz vom ersten Platz. br

Mehr über dieses Thema auf Seite 221.

Hohe Niederschläge sicherten Erträge

Das Erntejahr 2000 in Rheinland-Pfalz war geprägt durch hohe Frühjahrstemperaturen und überdurchschnittliche Niederschläge während des Sommers. Dies begünstigte gute Erträge bei vielen Kulturarten. Andererseits hatten die hohen Niederschläge negative Auswirkungen auf die Obstblüte sowie die Getreidequalitäten und verursachten allgemein einen hohen Schädlings- und Krankheitsbefall.

Eine Ausdehnung der Anbauflächen führte zu einer höheren Getreideernte. Mit 1,47 Mill. t wurde die Vorjahresmenge um 3% überschritten. Beim Winterraps haben ein Rückgang der Anbaufläche sowie geringere Erträge zu einer um 19% niedrigeren Ernte beigetragen. Die diesjährige Kartoffelernte übertrifft mit 369 000 t das Vorjahresergebnis um knapp 9%.

Gemüse im Freiland ist in diesem Jahr auf gut 13 900 ha angebaut worden, was einem Flächenzuwachs gegenüber 1999 von 600 ha entspricht. Bedingt durch die größere Anbaufläche und bisher gute Flächenleistungen ist insgesamt mit einer hohen Gemüseernte zu rechnen.

Die Süßkirschen haben das bereits hohe Ertragsniveau vom letzten Jahr noch leicht überschritten. Dagegen ist die Sauerkirschenernte deutlich schlechter ausgefallen. Pflaumen und Zwetschen lassen ähnlich gute Erträge wie 1999 erwarten. Bei Äpfeln im Markto Obstbau wird mit Einbußen gerechnet, während für den Streuobstanbau eine gute Ernte vorhergesagt wird.

kurz + aktuell

Beim Weinmost wird eine Ernte von 7,5 Mill. hl erwartet. Damit würde die Erntemenge des Vorjahres um 5% unterschritten, aber der zehnjährige Durchschnitt um 10% übertroffen werden. Das wäre die dritte hohe Weinmosternte in Folge. Allgemein verspricht der Jahrgang 2000 nicht so hohe Qualitäten wie sein Vorgänger. po

Mehr über dieses Thema auf Seite 229.

Genehmigungen im Wohnungsbau weiter rückläufig

Die Genehmigungen im Wohnungsbau für Rheinland-Pfalz lagen in den ersten neun Monaten des Jahres unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes. Im Wohnungsneubau wurden 13 680 Einheiten genehmigt, das sind 2 710 oder 16,5% weniger als im Vorjahr. Alle Gebäudearten wiesen eine rückläufige Entwicklung auf. Die Zahl der geplanten Wohnungen sank bei den Ein- und Zweifamilienhäusern mit -15,1% bzw. -16% (6 830 bzw. 3 016 Wohnungen) weniger stark als bei den Mehrfamilienhäusern mit -18,5% (3 834 Wohnungen). Die Zahl der neu geplanten Wohngebäude verringerte sich von 10 597 auf 8 922 (-15,8%).

In den ersten neun Monaten des Jahres wurden außerdem 1 490 Wohnungen genehmigt, die durch Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen entstehen sollten; das sind 13,5% weniger als im Vergleichszeitraum 1999, in dem 1 722 Wohnungen zum Bau freigegeben wurden. haw

Tourismusbranche weiter im Aufwind – Übernachtungen ausländischer Gäste um 10% gestiegen

In den mehr als 4 000 rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres 4,5 Mill. Gäste und 14,3 Mill. Übernachtungen gezählt. Das sind 5,4 bzw. 6,6% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste betrug unverändert 3,2 Tage. An Mosel und Saar wurde bei den Gästen und Übernachtungen sogar ein Plus von 8,1 bzw. 10,5% registriert. Aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland kamen 975 000 Besucher (+8,8%) nach Rheinland-Pfalz. Sie blieben im Durchschnitt 3,1 Tage. Die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste stieg überdurchschnittlich um 10,2% auf 3 Mill.

Mit dieser sehr positiven Entwicklung wurden die bereits guten Ergebnisse der beiden Vorjahre 1998 und 1999 nochmals übertroffen. Zur Erinnerung: Das Jahr 1999 besuchte der rheinland-pfälzischen Tourismusbranche mit insgesamt mehr als 6,8 Mill. Gästen einen neuen Gästerekord. kl

862 000 bildungshungrige Rheinland-Pfälzer – Hohes Engagement in der Weiterbildung bei Volkshochschulen und anderen Institutionen

Von den Volkshochschulen und den Einrichtungen der sechs anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung wurden im vergangenen Jahr mehr als 49 000 Bildungsmaßnahmen veranstaltet. Sie boten damit fast 862 000 Bildungshungrigen, darunter 647 000 Frauen und Mädchen, ein breites Spektrum an Weiterbildungsveranstaltungen, das von Zeitschicht, Politik, Kunst, Theologie und Philosophie über Wirtschaft, Gesundheit und Ernährung bis hin zum Nachholen von Schulabschlüssen reichte. Über ein Viertel der insgesamt mehr als 792 000 abgehaltenen Weiterbildungsstunden wurden im Bereich der Sprachenausbildung angeboten, knapp ein Fünftel im Bereich „Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung“, deutlich mehr als ein Zehntel im Bereich „Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung“.

Größter Anbieter waren die Volkshochschulen. Sie veranstalteten rund 73% der anerkannten Weiterbildungsstunden. 9% der Stunden wurden von Einrichtungen der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung organisiert. An den Stunden gemessen drittgrößter Bildungsanbieter waren mit gut 6% die Einrichtungen des Bildungswerkes des Landessportbundes, gefolgt von den Organisationen der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung mit 5%. Unter der Regie der Landesvereinigung der ländlichen Erwachsenenbildung wurden über 3%, von Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft für politische Bildung „Arbeit und Leben“ 2% und von Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft „Anderes Lernen“ 1,6% der insgesamt organisierten Weiterbildungsstunden veranstaltet.

Das Land Rheinland-Pfalz stellte im Haushaltsjahr 1999 insgesamt knapp 16 Mill. DM zur Förderung der Weiterbildung in den Haushalt ein, davon 15,5 Mill. DM an Fördermitteln und Zuschüssen für Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Weiterbildungsgesetz und weitere 320 000 DM an Zuschüssen und Ausgleichserstattungen nach dem Bildungsfreistellungsgesetz. re

Altersstruktur der Landesbediensteten

Jede Personalplanung benötigt Informationen über den Umfang und die Zusammensetzung des Personals. Um diesen Anforderungen Rechnung tragen zu können, wird durch das Finanz- und Personalstatistikgesetz eine Personalstandstatistik vorgeschrieben, die dazu beiträgt, den Informationsbedarf abzudecken. Das Gesetz sieht vor, jährlich zum Stichtag 30. Juni die in einem unmittelbaren Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis stehenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit folgenden Erhebungsmerkmalen zu erfassen:

1. Geburtsmonat und -jahr
2. Geschlecht
3. Art, Umfang und Dauer des Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnisses
4. Laufbahngruppe, Einstufung, Dienst- oder Lebensaltersstufe, Ortszuschlagsstufe
5. Dienst- oder Arbeitsort sowie bei den in einem Dienstverhältnis stehenden Personen der Wohnort
6. Aufgabenbereich bzw. Einzelplan und Kapitel.

Die Kenntnis der Altersstruktur ist von großer Bedeutung. Während der Altersaufbau der Erwerbstätigen insgesamt nahezu zwangsläufig durch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter vorgegeben ist, hat der einzelne Arbeitgeber innerhalb gewisser Grenzen durchaus Möglichkeiten, die Altersstruktur seines Personals zu beeinflussen und damit ein ausgewogenes Verhältnis zu gewährleisten. Dies bedeutet, dass die einzelnen Altersgruppen eine angemessen starke Besetzung aufweisen sollten.

Fast 92 000 Landesbedienstete

Da Strukturveränderungen am besten in größeren Zeitabständen betrachtet werden können, werden die Ergebnisse der Personalstandserhebungen der Jahre 1977, 1990 und 1999 miteinander verglichen. Das Ausgangsjahr 1977 wurde gewählt, weil es das erste Jahr ist, in dem Ergebnisse dieses umfangreichen Merkmalskatalogs vorliegen. Die nächste Erhebung in dieser Tiefengliederung fand 1986 statt; seither gibt es einen jährlichen Rhythmus.

In den Vergleich einbezogen werden nur die Personen, die beim Land Rheinland-Pfalz beschäftigt sind, und zwar entweder als Vollzeitkräfte oder als Teilzeitkräfte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. Die Teilzeitkräfte werden dabei nicht auf Vollzeitäquivalente umgerechnet. Neben der „normalen“ Personalfuktuation können auch organisatorische Veränderungen in der Landesverwaltung Einfluss auf die Personalstruktur haben. Hierzu zählen z. B. Aufgabenverlagerungen von der staatlichen zur kommunalen Ebene (z. B. Eingliederung der Gesundheitsämter in die Kreisverwaltungen) und Ausgliederungen aus dem staatlichen Haushalt (z. B. Errichtung der Anstalt Universitätsklinikum, Errichtung des Landeskrankenhauses).

Gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist das Land gewissermaßen ein Großbetrieb, dessen Personal in einer Vielzahl organisatorischer Einheiten mit der Bewältigung verschiedenster Aufgaben betraut ist,

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz 1977, 1990 und 1998

Altersgruppe in Jahren	1977		1990		1998	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
unter 20	112 085	10,9	72 041	6,2	50 500	4,4
20 - 25	148 766	14,4	171 298	14,7	104 280	9,0
25 - 30	131 057	12,7	180 411	15,5	147 137	12,7
30 - 35	96 695	9,4	153 825	13,2	184 984	16,0
35 - 40	129 494	12,6	136 552	11,7	177 391	15,3
40 - 45	118 998	11,6	110 903	9,5	154 325	13,3
45 - 50	104 263	10,1	112 000	9,6	136 724	11,8
50 - 55	89 828	8,7	124 632	10,7	90 725	7,8
55 - 60	66 868	6,5	78 850	6,8	88 129	7,6
60 und älter	32 037	3,1	24 547	2,1	25 136	2,2
Insgesamt	1 030 091	100	1 165 059	100	1 159 331	100

**Vollzeitbeschäftigtes Personal des Landes 1977 und 1999
nach Laufbahngruppen und Altersgruppen**

Altersgruppe in Jahren	Insgesamt	Beamtinnen, Beamte, Richterinnen, Richter, Angestellte					Arbeiterinnen, Arbeiter
		zusammen	höherer	gehobener	mittlerer	einfacher	
			Dienst				
1977							
unter 20	2 237	1 803	-	85	1 458	260	434
20 - 25	8 681	8 344	87	1 831	6 186	240	337
25 - 30	14 837	14 318	2 286	7 257	4 664	111	519
30 - 35	11 561	10 976	2 849	5 382	2 671	74	585
35 - 40	11 943	10 658	2 876	4 950	2 670	162	1 285
40 - 45	8 295	6 770	1 897	2 853	1 870	150	1 525
45 - 50	7 934	6 520	1 726	2 947	1 688	159	1 414
50 - 55	8 569	7 570	1 467	3 824	2 178	101	999
55 - 60	5 901	5 246	962	2 269	1 925	90	655
60 und älter	2 465	2 185	600	1 053	473	59	280
Insgesamt	82 423	74 390	14 750	32 451	25 783	1 406	8 033
1999							
unter 20	682	304	-	6	297	1	378
20 - 25	2 437	1 963	39	750	1 170	4	474
25 - 30	5 950	5 457	1 557	1 910	1 961	29	493
30 - 35	6 886	6 175	1 455	2 497	2 153	70	711
35 - 40	8 131	7 417	1 726	2 973	2 623	95	714
40 - 45	10 311	9 798	2 164	4 641	2 896	97	513
45 - 50	13 087	12 561	3 107	7 058	2 302	94	526
50 - 55	10 381	9 909	2 643	5 630	1 555	81	472
55 - 60	9 599	8 978	2 794	4 856	1 254	74	621
60 und älter	3 385	3 152	1 504	1 333	270	45	233
Insgesamt	70 849	65 714	16 989	31 654	16 481	590	5 135

die sich nahezu über alle Lebensbereiche erstrecken, angefangen bei öffentlicher Sicherheit und Rechtsschutz, Bildungswesen, sozialer Sicherung, Gesundheit, Sport und Erholung, Wohnungswesen und Raumordnung, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bis hin zum Verkehrs- und Nachrichtenwesen.

Im Jahr 1999 waren 91 989 Personen im Landesdienst, darunter 70 849 Vollzeitbeschäftigte und 21 140 Teilzeitbeschäftigte. Verglichen mit 1990 ist die Gesamtzahl zwar deutlich gesunken, insbesondere wegen der Ausgliederungen aus dem staatlichen Haushalt, gegenüber 1977 ist jedoch eine Zunahme zu verzeichnen, weil die Zahl der Teilzeitbeschäftigten kontinuierlich zugenommen und somit das Sinken der Zahl der Vollzeitbeschäftigten überkompensiert hat.

Ältere Jahrgänge überrepräsentiert

In der Vergangenheit hat eine Schwerpunktverlagerung von den jüngeren zu den älteren Altersjahrgängen stattgefunden. Von den nahezu 92 000 Beschäftigten waren 1999 ein Drittel jünger als 40 Jahre, gut ein Drittel zwischen 40 und 50 Jahre sowie knapp ein Drittel 50 Jahre und älter. In den vorhergehenden Jahren lag das Schwergewicht eindeutig bei den unter 40-Jährigen. 1977 stellten sie 59,5% und 1990 immerhin noch 47%. Besonders stark war die Zunahme in der Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen, deren Anteil im gleichen Zeit-

raum von 20,1% auf 30,5% stieg. Auf die 50-jährigen und älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entfiel 1977 eine Quote von 20,4%, die sich bis 1990 geringfügig auf 22,4% erhöhte.

Ein Vergleich der Altersstruktur im öffentlichen Dienst mit der Altersstruktur aller Wirtschaftsbereiche kann mit Hilfe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vorgenommen werden. Dieser Vergleich zeigt einige Unterschiede in der Entwicklung auf. Im Jahr 1977 entsprach die Altersstruktur der im öffentlichen Dienst Tätigen im Wesentlichen der bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt. Nunmehr sind die jüngeren Altersjahrgänge im öffentlichen Dienst deutlich geringer vertreten, während die älteren Jahrgänge überrepräsentiert sind. Es hat also gemessen an der Gesamtwirtschaft eine „Vergreisung“ des öffentlichen Dienstes stattgefunden, die dazu führt, dass die Altersstruktur des öffentlichen Dienstes nicht mehr ausgewogen ist.

Aufgrund der langen Schulausbildung, die insbesondere für den gehobenen und höheren Dienst in der Regel die Zugangsvoraussetzung ist, und des Nachweises einer abgeschlossenen, zudem häufig außerhalb des öffentlichen Dienstes absolvierten Berufsausbildung, die neben dem Hauptschulabschluss für den Zugang zum mittleren Dienst gefordert wird, ist der Anteil der unter 20-Jährigen mit 0,8% sehr klein; 1977 lag der Wert noch bei 2,5%. Die restriktive Einstellungspolitik des

Landes führte insbesondere bei den 20- bis 25-Jährigen zu einem starken Rückgang: 1977 stellten sie noch 10% der Bediensteten, 1990 waren es 5% und heute sind es 2,7%. Nicht ganz so dramatisch verlief die Entwicklung bei den 25- bis 30-Jährigen, deren Quote sich von 17,6% über 10,6% auf aktuell 8,5% verringerte. Am geringsten waren die Anteilsverluste bei den 30- bis 35-Jährigen: 1977 entfielen auf sie 14,3%, heute sind es 9,8%.

Während bei den unter 35-Jährigen die Anteile erheblich zurückgingen, blieb die Quote für die 35- bis 40-Jährigen im Zeitablauf mit etwa 16% nahezu konstant. In den höheren Altersjahrgängen waren dagegen zum Teil deutliche Zuwächse zu verzeichnen. Im Jahr 1977 waren 10,4% der Beschäftigten 40 bis 45 Jahre, heute sind es 15,6%. Nahezu verdoppelt hat sich der Anteil der 45- bis 50-Jährigen, und zwar von 9,7% auf 19%. Bei den 50- bis 55-Jährigen ergab sich ein relativ moderater Zuwachs von 10,4% auf 14,4%. Noch älter waren 1977 lediglich 10%, heute sind es 17,4%. Dies bedeutet, dass innerhalb der nächsten acht Jahre mindestens jeder sechste Beschäftigte aus Altersgründen ausscheidet.

Unterschiedliche Altersstruktur von Frauen und Männern

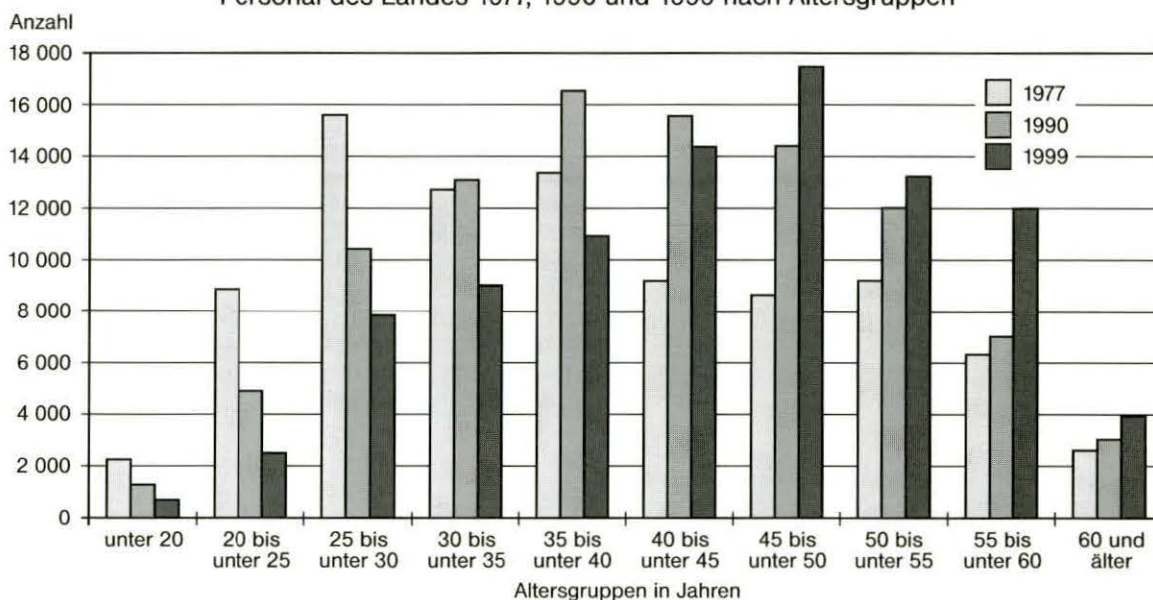
Die Altersstruktur von Männern und Frauen im Landesdienst zeigt einige Unterschiede. Frauen sind überwiegend in den unteren und mittleren Altersgruppen vertreten, während Männer in den oberen dominieren. Jünger als 40 Jahre sind 37% der Frauen gegenüber 31,3% der Männer. Bei den 40- bis 55-Jährigen sind die Abweichungen zwar nicht mehr so groß, dennoch sind hier mit 50,1% relativ mehr Frauen als Männer (48,2%) vertreten. In der Altersgruppe der 55-Jährigen und Älte-

ren haben Männer einen Anteil von 20,5%, Frauen stellen 12,9%. Dies zeigt, dass in den nächsten Jahren auch relativ erheblich mehr Männer als Frauen aus Altersgründen ausscheiden. Werden die heutigen Werte mit denen von 1977 verglichen, werden Strukturveränderungen sichtbar, die belegen, dass Frauen seinerzeit auf die unteren Altersgruppen in sehr viel größerem Umfang sowie auf die mittleren und oberen Altersgruppen in geringerem Umfang konzentriert waren als die Männer. Offensichtlich haben 1977 noch viele Frauen ihre Berufstätigkeit mit Beginn der Familienphase abgebrochen, während heute vermehrt die Berufstätigkeit nach einer kurzen Unterbrechung wieder aufgenommen wird.

Bestärkt wird dieser Eindruck auch bei Betrachtung der Entwicklung der Teilzeitbeschäftigten, deren Zahl von 1977 bis 1999 um 333% auf 21 140 zugenommen hat. Die Teilzeitbeschäftigung wird nach wie vor überwiegend, nämlich zu 85%, von Frauen gewählt; 1977 lag der Frauenanteil noch bei 97%. Heute sind die meisten, nämlich 43,1%, teilzeitbeschäftigten Frauen zwischen 40 und 50 Jahre alt; jünger sind 29,5%, ein höheres Lebensalter haben 27,3%. Völlig anders war die Struktur 1977. Damals waren 56,3% der teilzeitbeschäftigten Frauen unter 40 Jahre, 25,3% zwischen 40 und 50 Jahren sowie 18,4% älter.

Dagegen bevorzugten Männer eine Teilzeitbeschäftigung häufiger zu Beginn ihres Berufslebens. Teilzeitbeschäftigte Männer konzentrierten sich sowohl 1977 als auch 1999 auf die unteren Altersgruppen bis 40 Jahre, wobei sich der Anteil von 42% auf 50,2% erhöhte. In der Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen hat sich der Wert kaum geändert, er liegt nach wie vor bei etwa 22%. Während 1977 eine Teilzeitbeschäftigung von Männern ab dem 50. Lebensjahr mit 35,8% recht häufig ausgeübt wurde, wird diese Möglichkeit heute nicht mehr so oft

Vollzeit- und mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit teilzeitbeschäftigtes Personal des Landes 1977, 1990 und 1999 nach Altersgruppen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 139/2000

genutzt, denn auf diese Gruppe entfallen nur noch 28,2% der teilzeitbeschäftigten Männer. In Zukunft dürfte sich dieser Anteil als Folge der Inanspruchnahme der so genannten Altersteilzeit jedoch wieder erhöhen.

Altersstruktur nach Laufbahngruppen

Die untersten Altersgruppen bis 25 Jahre verzeichneten beim höheren und gehobenen Dienst keine nennenswerte Besetzung, da zu den Einstellungsvoraussetzungen eine entsprechend lange Schul- bzw. Hochschulausbildung gehört. Im höheren Dienst mit fast 17 000 Vollzeitbeschäftigten waren nur 28,2% unter 40 Jahre. Gegenüber 1977 hat sich der Anteil fast halbiert, weil in geringerem Umfang Neueinstellungen erfolgten. In der Mitte ihres Berufslebens, das heißt im Alter von 40 bis 50 Jahren, befanden sich 31% der im höheren Dienst Beschäftigten, weitere 15,6% waren zwischen 50 und 55 Jahre alt, 25,3% hatten ein höheres Lebensalter. Das bedeutet, dass in den nächsten acht Jahren mindestens jeder Vierte im höheren Dienst aus Altersgründen ausscheidet. Das ist die höchste Rate aller Laufbahngruppen. Damit hat sich die Altersstruktur in diesem Bereich stark gewandelt: 1977 dominierten die Jüngeren, weil in großem Umfang das für die Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben benötigte Personal neu eingestellt wurde, heute prägen die Älteren das Bild, weil der Zusatzbedarf geringer geworden ist und im Zuge der Bemühungen, Personalausgaben einzusparen, Stellenkürzungen vorgenommen werden.

Eine ähnliche Altersstruktur wies der gehobene Dienst auf, in den 1999 mit 32 000 die meisten Vollzeitbeschäftigten eingeordnet waren. Auch hier durchlaufen wie eine Welle die zahlreichen Neueinstellungen der 70er-Jahre die Altersgruppen. 1977 waren 60,2% noch keine 40 Jahre, heute sind die unter 40-Jährigen nur noch mit 25,7% vertreten. Dagegen ist die Gruppe der 40- bis 50-Jährigen mit 37% recht stark besetzt. Die in der Zukunft zu erwartende Altersfluktuation ist hier kaum geringer als im höheren Dienst, denn 17,8% sind zwischen 50 und 55 Jahre alt und 19,5% sind 55 Jahre und älter.

Der mittlere Dienst war mit gut 16 000 Vollzeitbeschäftigten zahlenmäßig etwas kleiner als der höhere Dienst. Anders als im höheren und gehobenen Dienst überwogen hier die jüngeren Altersjahrgänge, denn fast 50% der Vollzeitbeschäftigten im mittleren Dienst waren noch keine 40 Jahre. Weitere 31,6 % waren zwischen 40 und 50 Jahren. Die folgenden Altersgruppen waren dagegen sehr schwach besetzt, weil offensichtlich viele aus dem mittleren in den gehobenen Dienst aufsteigen, wie zum Beispiel bei der Polizei. Die altersbedingten Abgänge im mittleren Dienst sind deshalb die niedrigsten unter den Laufbahngruppen.

Der einfache Dienst spielte mit 590 Vollzeitbeschäftigten keine große Rolle. Hier waren jeweils ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten unter 40 Jahre, 40 bis 50 Jahre oder 50 Jahre und älter. Altersbedingt wird hier in den nächsten acht Jahren mindestens jeder Fünfte ausscheiden. Da kaum Neueinstellungen im einfachen Dienst erfolgten – mit 5,8% war der Anteil der unter 30-Jährigen extrem niedrig – wird diese Laufbahn langfris-

tig für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bedeutungslos werden.

Die Gruppe der Arbeiter umfasste 1999 gut 5 000 Vollzeitbeschäftigte, die zu 53,9% den Altersgruppen bis 40 Jahre angehörten. Relativ schwach besetzt waren die Altersgruppen zwischen 40 und 50 Jahren, während 50 Jahre und älter 25,8% waren. Damit waren die Arbeiter insgesamt gesehen die jüngste Beschäftigtengruppe im öffentlichen Dienst.

Viele Lehrer in höheren Altersgruppen

Aufschlussreich ist die Darstellung des vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Personals in der Gliederung nach Aufgabenbereichen. Gemessen an der Altersstruktur insgesamt zeigen sich in den einzelnen Aufgabenbereichen interessante Unterschiede. Der personalintensive Schulbereich – in ihm waren 36 645 oder 40% der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten tätig – ist mit jüngeren Lehrkräften unterdurchschnittlich besetzt. Jünger als 30 Jahre sind 8,2%, bei den 30- bis 40-Jährigen liegt der Wert bei 15,3%. Im Jahr 1977 war der Lehrkörper wesentlich jünger, denn auf diese beiden Altersgruppen entfielen 26,6% bzw. 38,1%. In den folgenden Jahren wurden wesentlich weniger Lehrer eingestellt, sodass der Anteil der unter 30-Jährigen bis 1990 auf 3,8% sank. Als Folge davon verlagerte sich der Schwerpunkt auf die 40- bis 50-Jährigen, die heute 36,5% ausmachen. Darüber hinaus ist der Anteil für die älteren Jahrgänge kräftig angestiegen. Zwischen 50 und 55 Jahren sind heute 19,1%, weitere 20,9% sind älter, das heißt, in den nächsten acht Jahren wird mindestens jeder fünfte Lehrer aus Altersgründen ausscheiden. Noch wesentlich ungünstiger ist die Altersstruktur an den Gymnasien. Hier sind 26,8% der Lehrkräfte 55 Jahre oder älter, aber nur 1,9% jünger als 30 Jahre. Im Jahr 1977 lagen die entsprechenden Anteile noch bei 8 bzw. 9,7%. An den Grund-, Haupt- und Sonderschulen sind mit 10,7% zwar relativ viele Lehrer unter 30 Jahre, die folgende Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen ist mit 13% dagegen eher schwach besetzt. Der Schwerpunkt liegt hier wie im gesamten Schulbereich bei den 40- bis 50-Jährigen. Trotzdem wird hier die altersbedingte Fluktuation nach den Gymnasien am höchsten sein, zumal auch der Bereich zwischen 50 und 55 Jahren am stärksten besetzt ist.

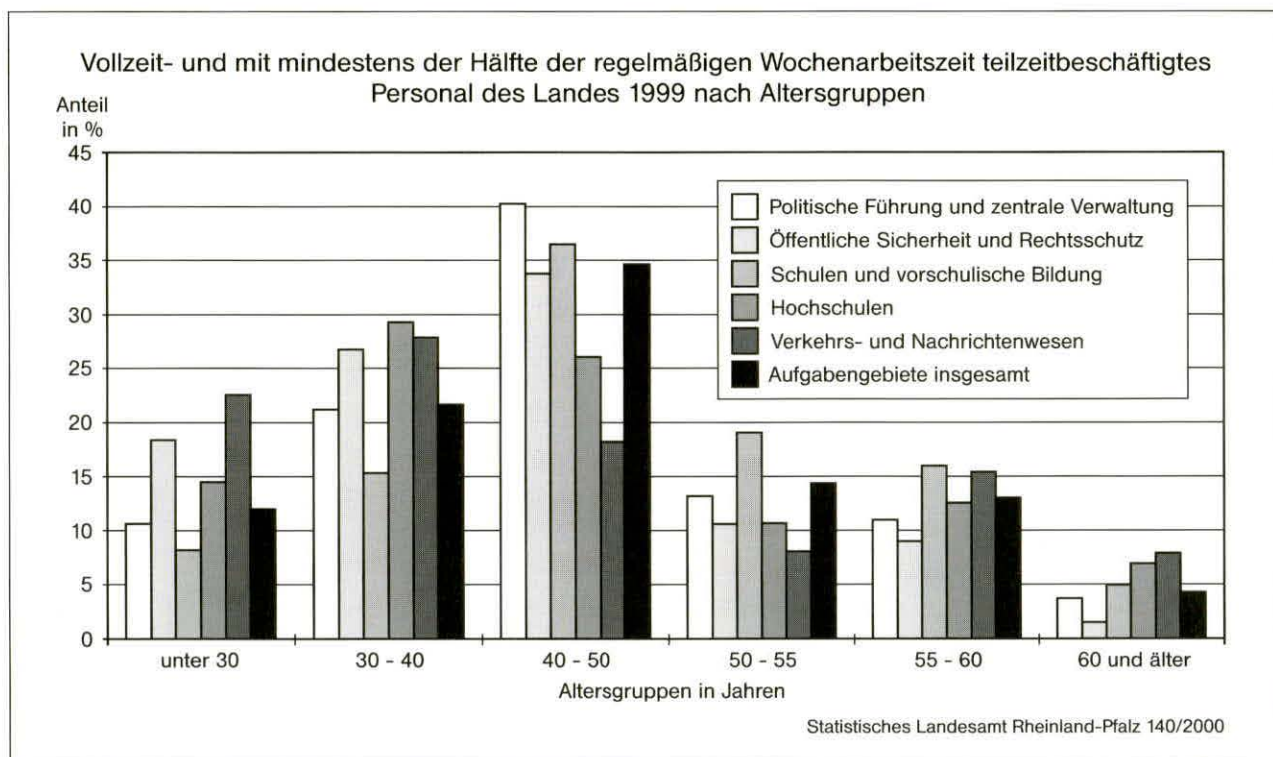
Auf die Hochschulen des Landes entfallen 8 264 oder 9% der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Sie sind in den jüngeren Altersgruppen überdurchschnittlich vertreten. Der Anteil der unter 30-Jährigen liegt bei 14,5%, zwischen 30 und 40 Jahren sind 29,3%. Obgleich der Anteil der jüngeren Beschäftigten hier relativ hoch ist, haben sich die Werte verglichen mit 1977 deutlich verringert. Parallel dazu ist die Quote in den oberen Altersgruppen gestiegen, und zwar insbesondere bei den 55-Jährigen und Älteren, auf die heute 19,5% entfallen.

Überdurchschnittlich viele Polizisten in jüngeren Altersgruppen

Neben dem Bildungssektor ist der Bereich „öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz“ mit 19 803 oder 22% der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten ein Aufgabenge-

Vollzeit- und mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit teilzeitbeschäftigtes Personal des Landes 1999 nach Altersgruppen und Aufgabengebieten

Aufgabengebiet	Ins- gesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		unter 30	30 - 40	40 - 50	50 - 55	55 - 60	60 und älter
Verwaltung	88 457	10 630	18 969	30 670	12 824	11 581	3 783
Politische Führung und zentrale Verwaltung	12 208	1 298	2 589	4 913	1 614	1 340	454
politische Führung	2 572	128	585	893	382	439	145
innere Verwaltung	2 100	174	481	789	278	281	97
statistischer Dienst	423	15	119	163	57	50	19
Finanzverwaltung	7 113	981	1 404	3 068	897	570	193
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	19 803	3 640	5 301	6 689	2 098	1 778	297
öffentliche Sicherheit und Ordnung	11 258	1 904	2 931	4 199	1 189	985	50
Polizei	11 182	1 903	2 913	4 169	1 174	976	47
Rechtsschutz	8 545	1 736	2 370	2 490	909	793	247
ordentliche Gerichte und Staats- anwaltschaften	6 129	1 497	1 507	1 717	643	551	214
Verwaltungsgerichte	245	18	90	77	30	21	9
Arbeits- und Sozialgerichte	352	46	102	115	42	37	10
Justizvollzugsanstalten	1 782	173	665	566	190	181	7
Schulen und vorschulische Bildung	36 645	3 006	5 621	13 362	6 987	5 861	1 808
Unterrichtsverwaltung	85	3	15	27	26	11	3
Grund-, Haupt- und Sonderschulen	18 199	1 940	2 373	6 362	3 755	3 019	750
Realschulen	3 839	389	608	1 490	646	516	190
Gymnasien	6 796	126	1 050	2 451	1 349	1 312	508
Gesamtschulen	967	53	231	428	144	86	25
berufsbildende Schulen	5 034	150	1 030	2 125	786	684	259
sonstiges	1 725	345	314	479	281	233	73
Hochschulen	8 264	1 198	2 419	2 154	881	1 040	572
Universitäten	6 497	1 058	1 996	1 564	658	800	421
Verwaltungsfachhochschulen	95	1	9	51	11	17	6
Fachhochschulen	1 649	139	407	530	208	222	143
sonstiges	23	-	7	9	4	1	2
sonstiges Bildungswesen	205	11	49	67	35	34	9
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	516	91	160	146	49	46	24
Kulturelle Angelegenheiten	482	32	159	219	86	85	39
Soziale Sicherung	1 988	149	518	800	236	223	62
Verwaltung	932	53	222	389	123	118	27
Sozialamt, Jugendämter	219	24	54	66	33	34	8
Versorgungsämter	660	28	157	297	82	78	18
Wiedergutmachungsbehörden	53	1	11	26	8	6	1
Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	533	71	159	196	62	39	6
Einrichtungen der Sozialhilfe	533	71	159	196	62	39	6
Arbeitsschutz	449	21	121	189	43	53	22
Gesundheit, Sport und Erholung	395	35	103	121	54	62	20
Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	395	35	103	121	54	62	20
Gesundheitsbehörden	40	-	5	13	8	8	6
Maßnahmen des Gesundheitswesens	355	35	98	108	46	54	14
Wohnungswesen und Raumordnung	1 945	108	367	880	268	237	85
Kataster- und Vermessungsverwaltung	1 945	108	367	880	268	237	85
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 258	97	362	434	147	152	66
Verwaltung	1 210	87	351	423	139	147	63
Ernährung und Landwirtschaft	945	75	260	335	112	110	53
sonstige Bereiche	48	10	11	11	8	5	3
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	557	26	178	178	58	86	31
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	4 191	946	1 168	763	338	646	330
Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	1 434	159	394	363	140	247	131
Straßen	2 757	787	774	400	198	399	199
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	3 532	405	956	1 187	410	419	155
Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	2 168	376	691	638	205	187	71
Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	1 364	29	265	549	205	232	84
Insgesamt	91 989	11 035	19 925	31 857	13 234	12 000	3 938



biet mit wachsender Bedeutung, denn die Zahl der hier Beschäftigten hat im Zeitablauf entgegen der allgemeinen Tendenz zugenommen. So hat die Ausweitung des Personalstandes bei der Polizei dazu geführt, dass heute die jüngeren Jahrgänge überrepräsentiert sind, denn 17% sind jünger als 30 Jahre, weitere 26,1% sind zwischen 30 und 40 Jahren. Trotzdem haben sich die Anteile seit 1977 erheblich verringert. Damals waren 45,3% der Polizisten unter 30 Jahre, 24,6% waren zwischen 30 und 40 Jahre alt. In den folgenden Jahren war die Zahl der Neueinstellungen geringer, sodass sich bis 1990 der Wert für die unter 30-Jährigen auf 23,8% reduzierte. Die zahlreichen jungen Polizisten Ende der 70er-Jahre führten zu einem Anschwellen in der Gruppe der 30- bis 40-Jährigen und der 40- bis 50-Jährigen. Auf Letzterer liegt heute mit 37,3% das Schwergewicht. Obgleich sich der Anteil der mindestens 50-jährigen Polizisten in den letzten Jahren erheblich erhöht hat, ist er mit 19,6% dennoch unterdurchschnittlich. Zu beachten ist, dass für Polizisten eine besondere Altersgrenze gilt, sodass der Anteil der 60-Jährigen und Älteren lediglich bei 0,4% lag.

Im Bereich Rechtsschutz – er wird wesentlich durch die ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften geprägt – sind ebenfalls die unteren Altersgruppen überdurchschnittlich besetzt. Die Konzentration auf die unter 30-Jährigen und die 30- bis 40-Jährigen, die 20,3% bzw. 27,7% der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten stellen, ist auch auf die Besonderheit zurückzuführen, dass bei den Oberlandesgerichten Juristen für das zweite Staatsexamen ausgebildet werden. Die Justizreferendare tragen überwiegend dazu bei, dass 39,5% der hier Beschäftigten im höheren Dienst noch keine 30 Jahre sind. Während die Besetzung in den unteren Altersgruppen rückläufig ist, steigt sie in den oberen Gruppen an, sodass heute die 40- bis 50-Jährigen mit 29,1% überwiegen.

In Ministerien dominieren höhere Altersgruppen

Im Aufgabengebiet „Politische Führung und zentrale Verwaltung“, das sind im Wesentlichen die Finanzverwaltung, die Bezirksregierungen und die Ministerien, arbeiten heute 12 208 Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte. Sie sind überwiegend zwischen 40 und 50 Jahre alt, während die Jüngeren und die Älteren unterdurchschnittlich vertreten sind. In der Finanzverwaltung, dem mit 7 113 Beschäftigten größten Bereich, lässt sich der Alterungsprozess sehr gut beobachten, denn die in großer Zahl in den 70er-Jahren neu Eingestellten wandern als Welle durch die Altersgruppen. Im Jahr 1977 lag der Schwerpunkt mit 49,6% bei den unter 30-Jährigen, 1990 war die Gruppe der 30- bis 40-Jährigen mit 41,2% am stärksten besetzt und heute sind es die 40- bis 50-Jährigen mit 43,1%. Bei einer Fortschreibung dieser Entwicklung wird erkennbar, dass in naher Zukunft ein größerer Teil der Beschäftigten in der Finanzverwaltung aus Altersgründen ausscheiden wird.

In den Ministerien ist der Anteil der unter 30-Jährigen in allen Jahren recht gering. Heute liegt er bei 5%, in den Vorjahren war er doppelt so hoch. Ebenso rückläufig ist die Entwicklung bei den 30- bis 40-Jährigen, die heute 22,7% ausmachen. Zugenommen hat dagegen die Bedeutung der über 40-Jährigen. Darüber hinaus ist in allen Jahren die Besetzung in der Gruppe der 40- bis 50-Jährigen am größten. Ihr Gewicht hat sich seit 1977 um fünf Prozentpunkte auf heute 34,7% erhöht. In den oberen Altersgruppen sind die Beschäftigten der Ministerien überrepräsentiert, wobei insbesondere der hohe Anteil bei den 55- bis 60-Jährigen auffällt.

Altersbedingte Fluktuation teilweise recht hoch

Die Beobachtung des Anteils der älteren, in den nächsten Jahren aus dem öffentlichen Dienst ausscheidenden Jahrgänge ist von besonderem Interesse für

Vollzeit- und mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit teilzeitbeschäftigtes Personal des Landes 1999 nach Laufbahngruppen, Altersgruppen und Aufgabengebieten

Aufgabengebiet	Ins- gesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		unter 30	30 - 40	40 - 50	50 - 55	55 - 60	60 und älter
	Anzahl	Anteil in %					
Insgesamt							
Politische Führung und zentrale Verwaltung	12 208	10,6	21,2	40,2	13,2	11,0	3,7
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	19 803	18,4	26,8	33,8	10,6	9,0	1,5
Schulen und vorschulische Bildung ¹⁾	36 850	8,2	15,4	36,4	19,1	16,0	4,9
Hochschulen ²⁾	8 780	14,7	29,4	26,2	10,6	12,4	6,8
Kulturelle Angelegenheiten	482	6,6	33,0	45,4	17,8	17,6	8,1
Soziale Sicherung	1 988	7,5	26,1	40,2	11,9	11,2	3,1
Gesundheit, Sport und Erholung	395	8,9	26,1	30,6	13,7	15,7	5,1
Wohnungswesen und Raumordnung	1 945	5,6	18,9	45,2	13,8	12,2	4,4
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 258	7,7	28,8	34,5	11,7	12,1	5,2
Energie- und Wasserwirtschaft ³⁾	557	4,7	32,0	32,0	10,4	15,4	5,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	4 191	22,6	27,9	18,2	8,1	15,4	7,9
Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾	3 532	11,5	27,1	33,6	11,6	11,9	4,4
Insgesamt	91 989	12,0	21,7	34,6	14,4	13,0	4,3
Beamtinnen, Beamte, Richterinnen, Richter und Angestellte im höheren Dienst							
Politische Führung und zentrale Verwaltung	1 382	0,7	19,7	34,7	15,8	19,3	9,7
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	2 635	36,6	23,3	18,5	8,5	7,7	5,5
Schulen und vorschulische Bildung ¹⁾	12 025	6,1	19,4	36,6	16,8	15,2	5,9
Hochschulen ²⁾	4 745	14,8	32,0	21,6	9,4	12,3	9,9
Kulturelle Angelegenheiten	71	-	14,1	50,7	8,5	19,7	7,0
Soziale Sicherung	209	3,3	16,7	44,0	15,8	11,0	9,1
Gesundheit, Sport und Erholung	75	1,3	24,0	28,0	14,7	18,7	13,3
Wohnungswesen und Raumordnung	113	8,0	10,6	20,4	23,9	29,2	8,0
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	210	2,4	19,0	38,1	15,2	16,7	8,6
Energie- und Wasserwirtschaft ³⁾	73	2,7	24,7	26,0	9,6	21,9	15,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	228	4,4	13,6	15,4	6,6	29,8	30,3
Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾	326	0,3	5,2	38,0	16,0	25,8	14,7
Zusammen	22 092	11,1	22,3	30,9	14,0	14,3	7,4
Beamtinnen, Beamte und Angestellte im gehobenen Dienst							
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4 523	9,6	23,9	39,7	13,1	10,2	3,4
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	6 690	9,2	16,9	45,2	15,6	12,5	0,7
Schulen und vorschulische Bildung ¹⁾	23 942	9,2	13,1	36,6	20,3	16,4	4,5
Hochschulen ²⁾	1 333	11,2	34,8	29,9	11,0	9,6	3,5
Kulturelle Angelegenheiten	236	5,9	37,7	30,1	9,7	10,6	5,9
Soziale Sicherung	700	6,0	27,1	41,9	11,1	10,7	3,1
Gesundheit, Sport und Erholung	105	2,9	31,4	36,2	13,3	12,4	3,8
Wohnungswesen und Raumordnung	469	0,9	16,2	42,2	15,8	18,3	6,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	415	2,9	34,0	36,9	9,4	11,3	5,5
Energie- und Wasserwirtschaft ³⁾	211	4,3	31,8	37,0	9,0	14,2	3,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	908	7,3	22,8	26,2	12,0	21,9	9,8
Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾	1 576	1,6	27,2	42,6	12,9	11,3	4,4
Zusammen	41 108	8,7	17,1	38,2	17,5	14,6	3,8
Beamtinnen, Beamte und Angestellte im mittleren und einfachen Dienst							
Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 893	14,3	20,0	42,5	12,2	8,8	2,3
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	9 896	20,6	34,9	30,0	7,4	6,2	0,8
Schulen und vorschulische Bildung ¹⁾	578	9,0	24,7	30,6	15,7	16,1	3,8
Hochschulen ²⁾	1 882	13,7	22,3	33,8	13,3	14,1	2,8
Kulturelle Angelegenheiten	87	8,0	19,5	34,5	13,8	23,0	1,1
Soziale Sicherung	925	10,1	28,2	38,5	11,1	10,6	1,5
Gesundheit, Sport und Erholung	156	19,9	25,0	26,9	10,3	16,0	1,9
Wohnungswesen und Raumordnung	1 067	8,5	19,6	53,8	11,1	5,3	1,7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	526	12,7	31,7	32,5	11,2	8,4	3,4
Energie- und Wasserwirtschaft ³⁾	208	5,3	38,9	29,3	8,7	13,0	4,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	729	14,7	32,1	26,2	11,2	12,1	3,7
Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾	567	9,3	34,6	31,7	11,6	10,8	1,9
Zusammen	22 514	16,2	28,4	35,0	10,1	8,5	1,7
Arbeiterinnen, Arbeiter							
Verwaltung	5 212	19,9	24,1	23,3	11,2	15,7	5,8
Straßen	2 264	33,6	30,3	12,6	5,5	12,1	5,8
Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾	1 063	30,7	29,5	19,9	8,3	9,0	2,5
Zusammen	6 275	21,7	25,1	22,7	10,7	14,6	5,2

1) Einschließlich sonstiges Bildungswesen. - 2) Einschließlich Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen. - 3) Einschließlich Gewerbe und Dienstleistungen. - 4) Einschließlich Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen.

die Personalersatzbedarfsplanung sowie bei den Beamten für die Entwicklung der Pensionsausgaben, so dass im Folgenden nur die Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten betrachtet werden, die mindestens 55 Jahre sind. Ihr Anteil hat sich von 1977 bis 1990 kaum verändert, denn er verharrte nahezu bei knapp über 10%; seither ist er auf 17,3% gestiegen.

Insbesondere im höheren Dienst ist die in den nächsten Jahren zu erwartende altersbedingte Fluktuation mit 21,8% der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sehr hoch. Im Jahr 1977 lag der Wert noch bei 10,5% und ist bis 1990 auf lediglich 12,8% angewachsen. Ebenfalls stark erhöht hat sich die Quote im gehobenen Dienst, und zwar auf 18,5%, nachdem sie von 1977 bis 1990 unverändert bei 10% blieb. Im mittleren und einfachen Dienst liegt der Anteil der kurz vor dem Ruhestand stehenden Beschäftigten in allen Jahren sehr niedrig. Darüber hinaus ist er von 1977 bis 1999 lediglich von 9,5% auf 10,2% gestiegen. Offenbar gelingt vielen der Aufstieg in den gehobenen Dienst, denn bereits ab dem 50. Lebensjahr sinkt der Anteil in diesen Laufbahngruppen rapide ab. Bei den Arbeitern werden in einigen Jahren 19,8% wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheiden. Der Anteil hat sich in den 90er-Jahren nicht erhöht, gegenüber 1977 ist jedoch ein Anstieg um knapp fünf Prozentpunkte zu verzeichnen.

Auch innerhalb der einzelnen Aufgabengebiete ergeben sich bei den erwarteten Abgangsquoten einige Unterschiede. Besonders betroffen ist der personalstarke Bildungssektor, wo im Schulbereich demnächst 20,9% der Lehrer altersbedingt ausscheiden. Das sind fast dreimal mehr als 1977 und doppelt so viele wie 1990. Besonders hoch ist der Wert bei den Gymnasien sowie den Grund- und Hauptschulen. Kaum weniger sind es bei den Hochschulen mit 19,5%. Demgegenüber hat der Bereich der öffentlichen Sicherheit und des Rechtsschutzes mit 10,5% wesentlich weniger ältere Beschäftigte. Damit liegt dieser Bereich heute wieder auf dem Niveau von 1977, nachdem zwischenzeitlich 1990 der Wert auf 5,8% gesunken war. Bei den Ministerien und den Bezirksregierungen ist der Anteil der älteren Beschäftigten mit 22,7% bzw. 18% überdurchschnittlich, während er bei der Finanzverwaltung lediglich 10,7% beträgt.

In einigen, gemessen an der Personalstärke, kleineren Aufgabengebieten ergeben sich zum Teil sehr hohe Anteile für die älteren Beschäftigten. Im Aufgabengebiet „Straßen“ sind von den 48 Beschäftigten im höheren Dienst 72,9% mindestens 55 Jahre, im gehobenen Dienst mit 190 Beschäftigten sind es 50,5%. Damit verliert der Bereich „Straßenbau und -unterhaltung“ in kurzer Zeit relativ viel qualifiziertes Personal.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Produktionsgrundlagen der landwirtschaftlichen Betriebe 1999

Der zweite große Agrarsensus nach der Wiedervereinigung Deutschlands fand im Mai 1999 statt. Die als Landwirtschaftszählung bezeichnete Erhebung erfüllte neben dem nationalen Datenbedarf auch die Belange der Europäischen Union und berücksichtigte eine Empfehlung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), wonach die FAO angesichts der Bedeutung, die die Landwirtschaft noch weltweit hat, für den Jahrtausendwechsel die Durchführung eines weltweiten Agrarsensus vorgeschlagen hatte. Wie die früheren Landwirtschaftszählungen gliederte sich die Landwirtschaftszählung 1999 in eine Haupterhebung, eine Weinbau-, eine Gartenbau- und eine Binnenfischereierhebung. Während sich die Haupterhebung an alle Betriebe richtete, werden in die übrigen Erhebungen nur die Weinbau-, Gartenbau- oder Binnenfischereibetriebe einbezogen.

Die Aufbereitung der Haupterhebung, der eigentlichen Landwirtschaftszählung, wurde im Frühjahr 2000 abgeschlossen, sodass wieder aktuelles und umfangreiches Datenmaterial über die Situation in der Landwirtschaft vorliegt. Über die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung wird in den nächsten Monaten in den Statistischen Monatsheften berichtet. Da die Einschränkungen bei der Vergleichbarkeit der aktuellen Ergebnisse mit denen vorangegangener Landwirtschaftszählungen und Agrarstrukturhebungen bereits ausführlich dargestellt wurden, wird hierauf nicht näher eingegangen¹⁾.

Zahl der Betriebe hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert

35 500 landwirtschaftliche Betriebe bewirtschafteten im Mai 1999 in Rheinland-Pfalz noch fast 716 000 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF). Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich damit innerhalb der letzten 20 Jahre halbiert. Die durchschnittliche Betriebsgröße verdoppelte sich im gleichen Zeitraum auf etwa 20 ha LF. Hierbei ist allerdings die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen zu berücksichtigen, so dass die Entwicklung etwas überschätzt wird.

Die Betrachtung der Veränderungen in den einzelnen Größenklassen zeigt den Strukturwandel noch deutlicher. Wurden 1979 nur 19 Betriebe gezählt, die 200 ha LF und mehr bewirtschafteten, so waren es 1999 mit 101 Betrieben bereits mehr als viermal so viele. Noch größer ist die Veränderung in der Größenklasse 100 bis 200 ha LF. Die Zahl der Betriebe stieg hier von 83 auf über 1 100. Der Anteil der Betriebe, die mehr als 100 ha LF bewirtschaften, liegt zwar nur bei 3,5%; auf sie entfällt jedoch ein Viertel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Die so genannte „Wachstumsschwelle“, d. h. die Größe, ab der die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zunimmt, lag 1979 bei etwa 30 ha. Sie erhöhte

sich zwischenzeitlich auf 75 ha LF und es ist absehbar, dass in den nächsten zwei bis drei Jahren die 100-ha-Grenze erreicht wird. Die Zahl der Betriebe in der Größenklasse 75 bis 100 ha LF stieg nämlich in den letzten drei Jahren nur noch geringfügig an.

Eine wesentliche Ursache für den Strukturwandel ist im technischen Fortschritt zu sehen, wodurch der Bedarf an Arbeitskräften immer geringer wird. Rund fünf Vollarbeitskräfte wurden 1999 für die Bewirtschaftung von 100 ha LF benötigt; 1979 waren es noch fast elf Vollarbeitskräfte.

Überwiegend Familienbetriebe

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz gehören nach wie vor fast ausschließlich zu der Gruppe der Familienbetriebe. 95% von den insgesamt 35 500 Betrieben werden als Einzelunternehmen und damit als klassischer Familienbetrieb geführt. Bei den Familienbetrieben befinden sich die Produktionsmittel mit Ausnahme des Bodens überwiegend im Eigentum der Familie und der Betriebsinhaber sowie seine Familienangehörigen treffen die betrieblichen Entscheidungen. Beim Produktionsfaktor Boden sind heute im Durchschnitt fast zwei Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche gepachtet. Ein weiterer Vorteil der Familienbetriebe ist, dass sie eher als andere Betriebe in der Lage sind, Arbeitsspitzen zu bewältigen.

Zu den Familienbetrieben kommen weitere 1 800 Betriebe, die in der Rechtsform einer Personengesellschaft bewirtschaftet werden. Die Personengesellschaften haben wegen der ökonomischen und sozialen Vorteile in den letzten Jahren zugenommen. Durch den Zusammenschluss von Einzelunternehmen entstehen größere Einheiten, sodass aufgrund der Kostendegression ein höheres Einkommen erzielt werden kann. Die einzelnen Mitglieder der Personengesellschaft spezialisieren sich häufig auf bestimmte Betriebsbereiche und erzielen so zusätzliche Spezialisierungsgewinne.

Ein weiterer Vorteil, der bei der Gründung einer Personengesellschaft eine Rolle spielt, ist die kompetente Urlaubs- und Krankenvertretung, die mit den Kooperationspartnern zur Verfügung steht. Der Betriebsinhaber kann nach der Gründung einer Personengesellschaft allerdings seine betrieblichen Entscheidungen nicht mehr allein treffen, sondern muss sich mit seinen Partnern absprechen. Aber auch diese Betriebe können recht flexibel auf Arbeitsspitzen reagieren.

Viele landwirtschaftliche Betriebe im Landkreis Bernkastel-Wittlich

Die klimatischen Verhältnisse, die geografische Lage und damit die Möglichkeit des Sonderkulturanbaues haben großen Einfluss auf die Zahl und die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe in den rheinland-pfäl-

1) Breitenfeld, Jörg: Das novellierte Gesetz über Agrarstatistiken, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 11/98, S. 249 ff.

Landwirtschaftliche Betriebe 1979-1999 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Größenklasse von ... ha LF	1979	1983	1987	1991	1995	1999
Betriebe (Anzahl)						
unter 2	21 670	20 068	17 949	15 033	12 737	8 170 ¹⁾
2 - 5	15 171	13 474	11 803	9 791	8 335	7 187
5 - 10	13 148	11 044	9 389	7 638	6 242	5 307
10 - 20	12 514	10 916	9 340	7 426	5 651	4 949
20 - 30	6 522	5 758	5 112	4 110	3 044	2 346
30 - 50	4 499	4 615	4 633	4 447	3 699	3 116
50 - 75	969	1 251	1 563	1 953	2 148	2 024
75 - 100	197	275	418	686	964	1 141
100 - 200	83	109	187	391	820	1 134
200 und mehr	19	18	21	31	54	101
Insgesamt	74 792	67 528	60 415	51 506	43 694	35 475
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (ha)						
unter 2	21 423	19 783	17 579	14 933	12 788	7 439 ¹⁾
2 - 5	50 003	44 307	38 681	31 934	27 114	23 521
5 - 10	94 182	79 363	67 628	54 756	44 442	37 804
10 - 20	178 856	156 206	134 111	106 273	80 543	71 251
20 - 30	159 160	141 178	125 813	101 598	75 296	57 988
30 - 50	167 333	172 869	175 705	170 493	143 071	121 650
50 - 75	56 695	73 950	92 943	117 255	130 657	124 405
75 - 100	16 656	23 374	35 406	58 517	82 914	98 178
100 - 200	10 453	13 657	22 967	47 867	105 049	148 223
200 und mehr	5 762	5 315	5 583	8 226	14 052	25 373
Insgesamt	760 523	730 002	716 415	711 858	715 930	715 831

1) Vergleichbarkeit zu den Vorjahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt.

zwischen Landkreisen. Die durch den Weinbau geprägten Landkreise weisen die meisten Betriebe auf. An der Spitze liegt der Landkreis Bernkastel-Wittlich (3 027) vor den Landkreisen Mainz-Bingen (2 780), Südliche Weinstraße (2 685) und Trier-Saarburg (2 613). Es folgt dann der flächenmäßig größte Landkreis Bitburg-Prüm (2 572).

Die größten Betriebe befinden sich im Landkreis Birkenfeld mit durchschnittlich 39,5 ha LF je Betrieb. Der Donnersbergkreis (38,1 ha) sowie die Landkreise Kusel (35,4 ha) und Mayen-Koblenz (33,8 ha) belegen die nächsten Plätze. Diese Standorte sind durch den Futter- und Marktfruchtbaubau gekennzeichnet, der eine deutlich größere Ausstattung der Betriebe mit Flächen verlangt als der Weinbau. Die durchschnittliche Betriebsgröße im Landkreis Bernkastel-Wittlich beträgt dagegen nur 11,9 ha. Mit 11,8 bzw. 11,4 ha weisen die Betriebe in den Landkreisen Mainz-Bingen und Bad Dürkheim eine vergleichbare durchschnittliche Betriebsgröße auf. Wesentlich kleiner sind die Betriebe im Landkreis Südliche Weinstraße (8,6 ha).

Die Landkreise mit den flächenmäßig größeren Betrieben verfügen auch über einen überdurchschnittlichen Anteil an Betrieben, die über 100 ha LF bewirtschaften. Jeder neunte Betrieb im Landkreis Birkenfeld gehört in diese Größenklasse. Der Anteil ist damit dreimal so hoch wie im Landesdurchschnitt. Im Landkreis Kusel fällt jeder zehnte Betrieb in die genannte Größenklasse und im Donnersbergkreis sind es immerhin noch 8,7%.

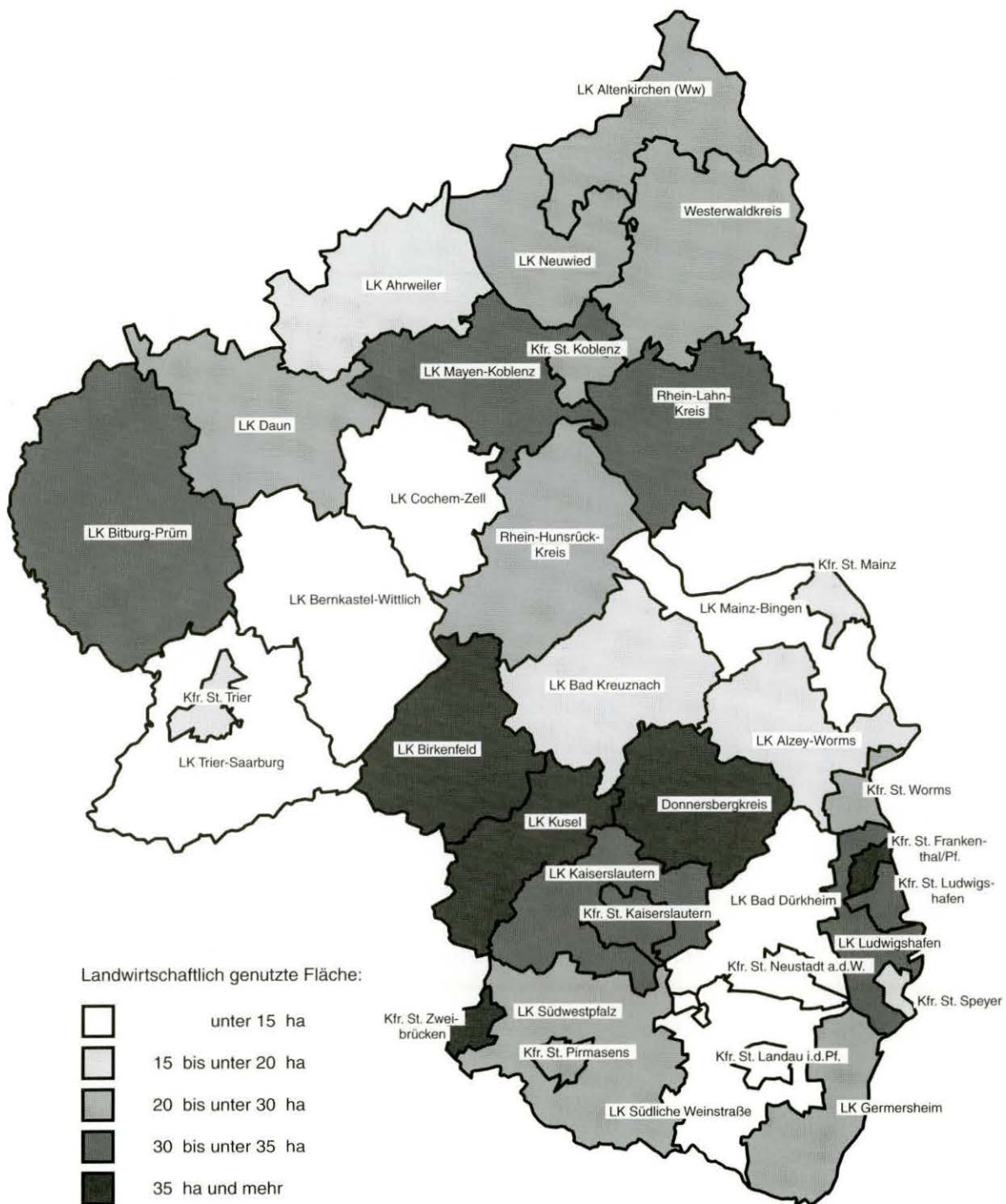
Der Strukturwandel führt auch dazu, dass immer mehr rheinland-pfälzische Gemeinden über keinen landwirtschaftlichen Betrieb mehr verfügen. Im Jahr 1979 gab es lediglich 13 Gemeinden, in denen kein Betrieb ansässig war. 1999 waren es mit 55 mehr als viermal so viele. Die Zahl der Gemeinden mit nur einem oder zwei Betrieben stieg im gleichen Zeitraum von 42 auf 193 an.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche umfasst 36% der Gesamtfläche

Rund 36% der Gesamtfläche des Landes werden von den Betrieben landwirtschaftlich genutzt. Im Gegensatz zu der Entwicklung bei den Betrieben ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche nur in den achtziger Jahren zurückgegangen. Sie nahm zwischen 1979 und 1991 um etwa 48 000 ha auf 711 900 ha ab und betrug 1999 rund 715 800 ha. Dass die landwirtschaftlich genutzte Fläche in den neunziger Jahren etwa konstant blieb, ist u. a. auf die Reform der Agrarpolitik von 1992 zurückzuführen.

Bis Anfang der neunziger Jahre setzte die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der damaligen Europäischen Gemeinschaft auf eine Politik der Preisstützung. Für Getreide lagen beispielsweise die Marktpreise deutlich über den Preisen, die am Weltmarkt erzielt werden konnten. Die Preisstützungspolitik wurde dann jedoch aufgegeben, weil die auf wichtigen Agrarmärkten entstandenen Überschüsse nicht mehr finanzierbar waren. Die Landwirte erhalten stattdessen seit 1993 flächen- und tierbezogene Beihilfen. Sie müssen dazu u. a. die

Durchschnittliche Betriebsgröße landwirtschaftlicher Betriebe 1999
nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Größe der von ihnen bewirtschafteten Flächen der Agrarverwaltung mitteilen. Die Flächen wurden deswegen in vielen Fällen erstmals von den Landwirten exakt vermessen und die Korrekturen wurden auch in die Erhebungsbogen der amtlichen Statistik übertragen.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche umfasste 1999 rund 399 000 ha Ackerland, 243 000 ha Dauergrünland, 66 000 ha Rebfläche und 6 300 ha Obstanlagen. Die übrige landwirtschaftlich genutzte Fläche entfällt auf Baumschulen, Haus- und Nutzgärten, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Im Zeitablauf verschoben sich die Anteile der drei wichtigsten Kulturarten. 1979 wurden 58,5% der landwirtschaftlich genutzten Fläche als Ackerland genutzt. Der Anteil lag 1999 nur noch bei 55,7%. Der Dauergrünlandanteil erhöhte sich demgegenüber um etwa zwei Prozentpunkte auf knapp 34%. Zu dieser Entwicklung hat sicherlich auch die Förderung der Umwandlung von Ackerland in Dauergrünland beigetragen. Allein im Rahmen des „Förderprogramms Umweltschonende Landbewirtschaftung (FUL)“ wurde die Einsaat von über 10 000 ha Ackerland mit Dauergräsern gefördert. Der Rebflächenanteil nahm ebenfalls geringfügig auf 9,2% zu.

Ackerland vor allem in größeren Betrieben

Rund 18 400 Betriebe bewirtschaften Ackerland, wobei mit zunehmender Betriebsgröße der Anteil der Betriebe mit Ackerland höher wird. Fast 95% der Betriebe in der Größenklasse 100 und mehr ha LF verfügen über Ackerland. Der Anteil liegt in der Größenklasse 50 bis 100 ha mit 93% fast genau so hoch. Von den Betrieben, die 2 bis 5 ha LF bewirtschaften, weist dagegen nur rund ein Drittel Ackerflächen auf. Betriebe dieser Größenordnung bewirtschaften vorwiegend Rebflächen. Der Anteil der Betriebe, die über Dauergrünland verfügen, liegt zwischen 49% in der Größenklasse 2 bis 5 ha und 84% in der größten Größenklasse (100 ha LF und mehr). Die Größenklasse unter 2 ha LF wird hier nicht berücksichtigt, da aufgrund der unteren Erhebungsgrenzen Betriebe, die keine Sonderkulturen anbauen, nicht mehr einbezogen werden und so z. B. die Betriebe mit Rebflächen in dieser Größenklasse überrepräsentiert sind. Davon unabhängig finden sich die Weinbaubetriebe vor allem in den unteren und mittleren Größenklassen. So verfügt fast jeder zweite Betrieb zwischen 2 und 5 ha LF über Rebflächen. In den Größenklassen 5 bis 10 ha LF und 10 bis 20 ha LF sind es noch 44% bzw. 35% der Betriebe.

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 1979-1999 nach Kultur- und Fruchtarten

Kultur- bzw. Fruchtart	1979		1987		1991		1995		1999 ¹⁾	
	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Landwirtschaftlich genutzte Fläche darunter	74 792	760 523	60 415	716 415	51 506	711 858	43 694	715 930	35 475	715 831
Obstanlagen	6 240	6 697	5 268	6 123	4 580	6 085	4 261	6 303	3 577	6 335
Rebfläche	30 591	64 157	25 644	66 123	22 345	66 841	18 899	66 013	16 292	65 910
Dauergrünland	41 315	241 671	29 671	221 680	24 329	221 859	21 410	241 700	17 061	242 762
Ackerland	55 630	445 182	40 125	420 288	32 289	415 049	24 510	399 762	18 355	398 938
Getreide einschl. Mais ²⁾	51 609	352 347	36 697	310 640	27 903	283 396	20 832	257 449	15 442	248 356
Weizen	41 904	117 343	27 219	103 652	18 603	88 660	13 633	85 140	9 400	82 462
Winterweizen	40 932	113 033	26 148	93 159	17 898	82 717	13 165	82 489	8 944	77 023
Roggen	19 717	35 091	11 468	27 689	6 774	18 472	4 798	20 601	2 599	12 773
Gerste	40 345	135 645	29 549	128 166	22 981	136 408	16 625	113 118	12 825	117 604
Wintergerste	22 123	48 470	17 077	48 072	11 501	38 265	7 607	33 253	5 836	32 411
Sommergerste	32 685	87 175	23 806	80 095	19 346	98 143	13 971	79 865	11 042	85 193
Hafer	30 912	49 175	20 110	35 569	13 105	24 391	8 909	18 287	6 031	13 726
Hackfrüchte	43 491	53 000	25 010	39 204	17 118	36 231	12 134	35 544	8 165	34 537
Kartoffeln	38 869	15 852	20 205	11 225	13 478	10 552	9 350	11 016	5 854	10 434
Frühkartoffeln	3 757	4 038	2 495	3 991	1 756	3 568	1 479	4 311	946	3 964
Spätkartoffeln	37 286	11 814	19 191	7 234	12 880	6 984	8 880	6 705	5 502	6 470
Zuckerrüben	6 404	22 460	5 281	21 799	4 419	22 653	3 607	23 048	3 100	23 300
Hülsenfrüchte	591	743	2 629	7 144	853	2 427	766	2 752	1 071	4 527
Handelsgewächse	1 695	3 417	6 432	27 585	7 674	40 430	3 504	27 428	3 924	39 147
Winterraps	515	1 693	4 646	20 995	5 137	27 994	2 530	20 133	3 089	29 769
Ackerfutterpflanzen	15 738	30 685	10 268	30 185	6 983	24 308	5 352	26 234	4 921	33 031
Silomais	8 215	15 798	5 967	17 798	4 333	15 429	3 094	14 666	2 496	15 363
Flächen, für die eine Stilllegungsprämie gezahlt wird, einschl. sonstige Brache ³⁾	4 183	22 168	6 798	42 349	6 468	29 317

1) Vergleichbarkeit zu den Vorjahren eingeschränkt. – 2) Körnermais und Corn-Cob-Mix. – 3) Ohne den Anbau nachwachsender Rohstoffe auf stillgelegten Flächen; dieser ist der jeweiligen Fruchtart zugeordnet.

Agrarpolitik hat den Anbau auf dem Ackerland beeinflusst

Die einzelnen Ackerbaukulturen werden zu Gruppen zusammengefasst, die sich in der Regel nach der botanischen Verwandtschaft richten. 1999 wurden etwa 62% der rund 399 000 ha Ackerland für den Anbau von Getreide genutzt. Dieser Anteil lag allerdings 1979 noch bei 79%. Der Rückgang ist überwiegend auf die Einflussnahme der Agrarpolitik auf den Anbau auf dem Ackerland zurückzuführen. Die landwirtschaftlichen Betriebe erzeugten in den achtziger Jahren vor allem wegen der attraktiven Preise Getreide. Als es dann im Getreidesektor zu nicht mehr finanzierbaren Überschüssen kam, wurde besonders der Anbau von Ölfrüchten und Eiweißpflanzen gefördert. Die Anteile dieser Kulturen an der Ackerfläche erhöhten sich entsprechend. Raps ist die Pflanze, die hiervon am meisten profitierte. Sie konnte im Gegensatz zu anderen Ölfrüchten und Eiweißpflanzen ihre Bedeutung behalten. Der züchterische Fortschritt, der beim Raps zu höheren Erträgen führte, trug ebenfalls hierzu bei.

Neben der Förderung der Ölfrüchte und Eiweißpflanzen wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch die Stilllegung von Ackerflächen gefördert. Sie erfolgte bis 1992 auf freiwilliger Basis und wurde dann im Rahmen der Agrarreform von 1992 verpflichtend für alle Betriebe – mit Ausnahme kleinerer Betriebe – eingeführt. Die durch die Agrarreform eingeführten direkten Einkommenszahlungen werden nur gewährt, wenn der Landwirt einen festgelegten Prozentsatz seiner Ackerfläche stilllegt. Für die Jahre 1979 bis 1987 liegen daher keine Angaben vor. Die Größe der stillgelegten Flächen schwankt beträchtlich, was auf die jährlich neu festgesetzten Prozentsätze für die Flächenstilllegung zurückzuführen ist.

Der Anbau und die Verarbeitung von Kulturpflanzen wie Raps, Öllein oder Hanf, die als nachwachsender Rohstoff für industrielle Zwecke verwendet werden können, wird ebenfalls seit der Agrarreform verstärkt gefördert. Die Einsatzgebiete dieser Produkte reichen von Treib- oder Schmierstoffen in Form von Biodiesel oder Hydrauliköl bis zu Dämmstoffen im Wohnungsbau. Rund 1 400 Betriebe nutzten 1999 auf einer Fläche von etwa 6 500 ha die Möglichkeiten zur Erzeugung nachwachsender Rohstoffe.

Winterweizen und Sommergerste bestimmen den Getreidebau

Knapp zwei Drittel der Getreidefläche entfielen 1999 auf die beiden Getreidearten Winterweizen (77 000 ha) und Sommergerste (85 200 ha), die von 8 900 bzw. 11 000 Betrieben angebaut wurden. In den vergangenen zwanzig Jahren nahm der Anteil der beiden genannten Getreidearten am Getreide insgesamt sogar noch zu. 1979 lag er erst bei 57%. Die beiden Getreidearten haben dabei im Zeitablauf die Position als führende Getreideart gewechselt. Lag 1979 Winterweizen mit 113 000 ha vor der Sommergerste (87 200 ha), so übernahm ab 1988 die Sommergerste die Führung. Der Grund hierfür dürfte die Entwicklung bei den Erlösen gewesen sein. Die Marktpreise für Weizen gingen zu-

rück, während die Landwirte für Sommergerste, die überwiegend als Braugerste Verwendung findet, noch attraktive Preise erzielten. Als die Erlöse für Sommergerste abnahmen, gewann der ertragsstärkere Winterweizen wieder an Bedeutung. Durch die hohen Erträge weist Winterweizen den höchsten Deckungsbeitrag aller Getreidearten auf. Im Erntejahr 1995 überrundete der Winterweizen wieder die Sommergerste. Der für 1999 festzustellende Rückgang ist auf die ungünstige Witterung zur Herbstsaat 1998 zurückzuführen. Der Winterweizenanbau musste deswegen eingeschränkt werden. Er liegt im Jahr 2000 nach den vorläufigen Ergebnissen der Bodennutzungshaupterhebung mit fast 97 000 ha wieder deutlich vorne.

Triticale inzwischen mit festem Platz im Anbauplan

Bei den übrigen Getreidearten ist besonders die Entwicklung bei Triticale hervorzuheben. Die Kreuzung aus Weizen und Roggen begann Mitte der achtziger Jahre ihren Siegeszug. Sie verbindet das Ertragsniveau des Weizens mit der Anspruchslosigkeit des Roggens und ist von daher für die Landwirte zu einer Anbaualternative geworden. Triticale kann allerdings im Gegensatz zu Weizen und Roggen nicht für die Erzeugung von Backwaren verwendet werden, sodass der Anbau nicht beliebig ausgeweitet werden kann.

Die statistische Erfassung von Triticale erfolgt erst seit Mitte der achtziger Jahre, als die Getreideart bekannter wurde. Der Anbau betrug 1987 bereits knapp 5 000 ha, stieg kontinuierlich bis 1999 auf gut 12 100 ha und erreichte damit fast den Anbauumfang von Roggen (12 800 ha). Mit 2 800 Betrieben bauten sogar mehr Betriebe Triticale als Roggen (2 600) an.

Die Roggenanbaufläche hat sich gegensätzlich zu der von Triticale entwickelt. Sie lag 1991 noch bei 18 500 ha und 1979 sogar bei 35 100 ha. Einen noch deutlicheren Rückgang bei den Anbauflächen als der Roggen weist der Hafer auf. Er nahm zwischen 1979 und 1999 um 35 500 ha auf 13 700 ha ab. Ein wichtiger Grund für die Entwicklung ist in den niedrigen Deckungsbeiträgen dieser Fruchtarten zu sehen.

Die dritte wichtige Getreideart neben Winterweizen und Sommergerste ist in Rheinland-Pfalz die Wintergerste. Sie wurde 1999 von 5 800 Betrieben auf 32 400 ha angebaut. Die Anbaufläche hat sich zwar ebenfalls seit 1979 (48 400 ha) verringert. Der Rückgang war jedoch deutlich geringer als beim Hafer.

Winterraps ist der Gewinner

Wie bereits beschrieben, wurde ab Mitte der achtziger Jahre neben Getreide auch der Anbau von weiteren Mähdruschfrüchten gefördert. Eine Fruchtart, die hiervon besonders profitierte, ist der Winterraps. Der Anbau lag 1979 bei etwa 1 700 ha und acht Jahre später bei über 20 000 ha. 1991 wuchs der Winterraps bereits auf einer Fläche von fast 28 000 ha. In den Folgejahren ging der Anbau zunächst wieder zurück. Er erholte sich dann aber wieder und erreichte 1999 knapp 29 800 ha, die von 3 100 Betrieben angebaut wurden. Die Land-

wirte reagierten besonders beim Anbau von Winterraps auf das unterschiedliche Niveau der Förderung. Sie wurde Anfang der neunziger Jahre zunächst zurückgenommen und im Zuge der Agrarreform von 1992 dann wieder ausgeweitet.

Eine ähnliche Entwicklung wie bei Winterraps lässt sich auch für die Futtererbsen feststellen. Die Entwicklung der Anbauflächen verlief allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau. 1979 wurden Futtererbsen aufgrund der geringen Flächen statistisch noch nicht gesondert nachgewiesen. Dies geschah erstmals 1987. Der Anbau betrug zu diesem Zeitpunkt bereits 5 400 ha. Er ging dann bis 1991 auf unter 1 700 ha zurück, bevor die Futtererbsenflächen wieder zunahmen. Rund 1 000 Landwirte bauten 1999 auf 4 200 ha Futtererbsen an.

Körner Sonnenblumen, die in klimatisch bevorzugten Gebieten von Rheinland-Pfalz wachsen, haben im Gegensatz zum Raps heute keine Bedeutung mehr. Erste Daten über die Anbauflächen liegen für das Jahr 1989 mit über 5 000 ha vor. Der Anbau erreichte 1991 den größten Umfang (9 500 ha) und entwickelte sich seit diesem Zeitpunkt rückläufig. Er betrug 1999 nur noch 1 300 ha. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die Erträge für Sonnenblumen nicht mit der Ertragsentwicklung beim Raps mithalten konnten und daher die Landwirte auf die Alternative umstiegen.

Flachs oder auch Lein ist eine alte Kulturpflanze, die in den neunziger Jahren wieder eine gewisse Bedeutung gewonnen hat. Der Anbau wird gefördert, um den Landwirten eine Alternative zum Getreideanbau bieten zu können. Man erhofft sich dadurch das Angebot an Getreide zu verringern, um so die Getreidepreise zu stabilisieren. Der Flachs findet als nachwachsender Rohstoff in der Industrie als Ersatz zum Beispiel für Dämmstoffe, die auf der Basis von Rohöl hergestellt werden, Verwendung. 1991 wurden landesweit noch keine 200 ha Flachs angebaut. Er erreichte im Jahr darauf aber bereits rund 1 400 ha. 1999 wuchs Flachs auf fast 2 800 ha.

Landkreis Ludwigshafen mit dem höchsten Ackerlandanteil

Die einzelnen Kultur- und Fruchtarten haben in Rheinland-Pfalz nicht zuletzt aus klimatischen Gründen eine regional unterschiedliche Bedeutung. Hohe Ackerlandanteile finden sich vor allem entlang des Rheins, während in den Höhengebieten das Dauergrünland die vorherrschende Nutzungsart ist.

Die höchsten Anteile von Ackerland an der landwirtschaftlich genutzten Fläche weisen die Landkreise Ludwigshafen (95%), Germersheim (86%), Mayen-Koblenz (84%) und der Donnersbergkreis (82%) auf. Die Landkreise Altenkirchen, Daun und der Westerwaldkreis verfügen mit rund 26% nur über geringe Ackerflächen, weisen dafür aber Dauergrünlandanteile von über 70% an der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf. Der Dauergrünlandanteil beträgt in den Landkreisen Daun und Altenkirchen rund 74% und im Westerwaldkreis 73%. Die typischen Dauergrünlandstandorte finden sich damit in der Eifel und dem Westerwald. Die Be-

triebe im Landkreis Alzey-Worms bewirtschaften so gut wie kein Grünland. Die knapp 250 ha bedeuten, dass das Grünland weniger als 1% der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmacht. Die Landkreise Ludwigshafen sowie Mainz-Bingen und Bad Dürkheim haben mit etwa 3% bzw. jeweils rund 4% ähnlich niedrige Grünlandanteile.

Bedeutung hat in einigen Kreisen auch die Rebfläche. Mit 47 bzw. 45% wird fast die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche in den Landkreisen Bad Dürkheim und Südliche Weinstraße Weinbaulich genutzt. Die Rebfläche beansprucht in den Landkreisen Mainz-Bingen (33%) und Alzey-Worms (31%) rund ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Weizen auf den günstigen Standorten führende Getreideart

Die Nutzung des Ackerlandes ist ebenfalls vom Standort abhängig. Der Getreidebau ist mit Ausnahme des Landkreises Ludwigshafen die führende Ackernutzung. Getreide nimmt zwischen 74% der Ackerfläche im Landkreis Daun und 55% im Landkreis Bad Dürkheim in Anspruch. Die einzelnen Getreidearten haben an der Getreideanbaufläche unterschiedliche Anteile. Weizen, der von allen Getreidearten die höchsten Ansprüche an den Boden und das Klima stellt, wird bevorzugt auf günstigen Standorten angebaut. Er stellt mehr als die Hälfte der Getreidefläche in den Landkreisen Ludwigshafen (54%) und Mayen-Koblenz (52%). Gut 46% der Getreidefläche wird in den Landkreisen Mainz-Bingen, Bad Dürkheim und dem Donnersbergkreis für den Anbau von Weizen verwendet. Die Sommergerste wächst überwiegend in den Höhengebieten und im rheinhessischen Hügel- und Tafelland. Auf 61% der Getreidefläche wird allein im Landkreis Daun Sommergerste angebaut. In den Landkreisen Alzey-Worms und Mainz-Bingen erreichte die Sommergerste 1999 rund 51 bzw. 46%.

Getreide wird im Landkreis Ludwigshafen nur auf einem Drittel des Ackerlandes angebaut. In diesem Landkreis sowie den angrenzenden kreisfreien Städten ist der Gemüsebau beheimatet, der im Landkreis Ludwigshafen fast 28% der Fläche beansprucht. Über ebenfalls noch bedeutende Gemüseanbauflächen verfügt der Landkreis Germersheim (12%).

Neben dem Gemüse werden in den genannten Gebieten auch in größerem Umfang Hackfrüchte wie Kartoffeln und Zuckerrüben angebaut. Die leichteren Böden eignen sich besonders gut für den Anbau von Kartoffeln. Rund ein Drittel der rheinland-pfälzischen Kartoffeln wird im Landkreis Ludwigshafen angepflanzt. Auch Zuckerrüben werden hier erzeugt. Der Zuckerrübenanbau konzentriert sich allerdings in den Landkreisen Alzey-Worms, Mainz-Bingen und dem Donnersbergkreis sowie den beiden kreisfreien Städten Worms und Mainz. In dieser Region liegen fast 60% der Zuckerrübenflächen des Landes. Auf den hier vorherrschenden Lössböden finden die Zuckerrüben ideale Wachstumsvoraussetzungen.

Viehhaltung landwirtschaftlicher Betriebe 1979-1999 nach Tierarten

Tierart	1979		1987		1991		1995		1999 ¹⁾	
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
Rinder	30 554	671 368	20 365	598 481	15 115	535 102	11 479	482 850	9 039	457 228
Milchkühe	24 553	234 950	14 656	214 757	10 217	178 874	5 991	149 991	4 291	136 392
Ammen- und Mutterkühe	309	4 494	1 888	10 845	3 218	22 181	4 447	46 747	4 009	52 208
Schafe	2 151	69 437	2 172	95 297	2 186	121 478	1 961	122 083	1 838	144 943
Schweine	30 485	663 224	18 700	629 850	11 910	499 761	8 086	428 190	4 253	379 274
Zuchtsauen	6 852	77 514	4 349	75 563	2 699	58 211	1 773	44 826	1 161	38 574
Mastschweine ²⁾	28 081	395 274	17 314	361 021	11 184	290 060	7 682	252 110	3 894	216 766
Geflügel	.	3 446 061	.	2 830 291	.	2 819 387	.	2 091 498	4 622	1 825 349
Legehennen	22 242	1 852 847	12 723	1 630 500	9 006	1 277 877	6 727	1 001 385	4 328	916 455

1) Vergleichbarkeit zu den Vorjahren eingeschränkt. – 2) Mit 20 kg und mehr Lebendgewicht, einschl. Eber.

Der Ackerfutterbau hat dort Bedeutung, wo die Rinderhaltung als Einkommensquelle verbreitet ist. Der Schwerpunkt liegt im Landkreis Bitburg-Prüm, wo auf 9 200 ha Futterpflanzen angebaut werden, die etwa 28% der gesamten Futterflächen des Landes darstellen. Weitere Landkreise mit größeren Anteilen an Futterpflanzen sind Altenkirchen (26%), Südwestpfalz (18%) und Neuwied (15%).

42% der Betriebe halten Vieh

Die Viehhaltung ist für viele Betriebe neben der pflanzlichen Produktion ein weiteres wichtiges Standbein. Im Mai 1999 hielten in Rheinland-Pfalz rund 15 000 Betriebe Vieh. Mit 42% liegt der Anteil viehhaltender Betriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt allerdings deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Dieser betrug 1997 rund 76%. Dass nicht einmal mehr jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb in Rheinland-Pfalz Vieh hält, liegt an der Spezialisierung, die die Sonderkulturbetriebe vornahmen. Betriebe, die Wein, Obst oder Gemüse erzeugen, haben sich in vielen Fällen auf den Sonderkulturanbau spezialisiert und die Viehhaltung eingestellt.

Durch die geringen Viehbestände gibt es in Rheinland-Pfalz kaum Probleme mit einer Überbelastung der Böden durch tierische Exkremente. Bevor die bundesweiten Regelungen zur Ausbringung tierischer Wirtschaftsdünger erlassen wurden, verfügte Rheinland-Pfalz über keine Gülleverordnung, wie sie in anderen Bundesländern vorlag. Für einige Fragestellungen ist es erforderlich, die einzelnen Tierarten auf einen einheitlichen Maßstab umzurechnen. Hierfür steht die Berechnung der Großvieheinheiten (GV) zur Verfügung. Basis ist das Lebendgewicht der einzelnen Tierarten. Eine GV entspricht dabei ca. 500 kg Lebendgewicht. Während eine Milchkuh als eine GV in die Berechnung eingeht, beträgt der Faktor für eine Zuchtsau 0,3. Auf der Basis dieses Maßstabes wurden 1999 im Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Betriebe nur knapp 59 GV auf 100 ha LF gehalten. 1990 lag der Wert noch bei 69.

Fast 32 Milchkühe je Betrieb

Die größte Verbreitung hat die Rinderhaltung. Rund 9 000 Betriebe halten Rinder (458 000 Tiere); etwa jeder zweite Betrieb erzeugt auch Milch. 1991 waren noch zwei von drei Betrieben in der Milchproduktion

tätig. Im gleichen Zeitraum stockten die verbliebenen Betriebe ihre Bestände von durchschnittlich 17,5 auf 31,8 Milchkühe je Betrieb auf. Da die Milchproduktion seit 1984 kontingentiert ist und gleichzeitig die durchschnittliche Milchleistung je Kuh anstieg, sank zwischen 1991 und 1999 die Zahl der Milchkühe von 179 000 auf 136 000 Tiere. Die Milchkühe geben heute mit rund 5 600 l Milch im Durchschnitt etwa 1 000 l mehr als 1991.

Während die Zahl der Milchkühhalter im Zeitraum von 1991 bis 1999 rückläufig war, hat die Haltung von Ammen- und Mutterkühen zur Fleischerzeugung an Bedeutung gewonnen. 3 200 Betriebe hielten 1991 etwa 22 000 Ammen- und Mutterkühe. Heute sind es 4 000 Betriebe mit 52 000 Tieren. Die Zunahme der Bestände ist auf die Förderung der Ammen- und Mutterkuhhaltung zurückzuführen. Ohne die Gewährung von Prämien für diese extensive Form der Viehhaltung wäre der Produktionszweig Ammen- und Mutterkuhhaltung für die meisten Betriebe unrentabel.

Schweinebestände um ein Viertel reduziert

Der zweite wichtige Produktionsbereich in der Viehhaltung ist die Schweineerzeugung. Rund 380 000 Schweine wurden im Mai 1999 von knapp 4 300 Betrieben gehalten. Die Schweinebestände sind damit innerhalb von acht Jahren um etwa 24% reduziert worden. Die Zahl der Schweinehaltungen ist sogar um fast zwei Drittel zurückgegangen. Der drastische Rückgang war der Anlass für die Landesregierung, Investitionen in die Schweinehaltung zu fördern. Auch die Schweinehaltungen sind heute größer als noch 1991. Verfügte 1999 ein Betrieb über durchschnittlich 89 Schweine, waren es 1991 erst 42.

Die Schweinehaltung umfasst die arbeitsintensive Ferkelproduktion und die eher arbeitsexensive Mastschweinehaltung. Knapp 3 900 Betriebe hielten 1999 noch Mastschweine und 1 200 Betriebe Zuchtsauen. 1991 standen in rund 11 200 Betrieben Mastschweine und in 2 700 Betrieben Zuchtsauen. Ein Anlass für diesen Strukturwandel ist die Zunahme der Spezialisierung. Viele Betriebe hielten früher Schweine für den Eigenbedarf oder wenn sie über freie Stallkapazitäten verfügten. Angesichts der tendenziell rückläufigen Erlöse üben immer weniger Betriebe eine saisonale Schweinehaltung aus.

Vergleichbarkeit bei den Schafbeständen eingeschränkt

Die Schafhaltung hat nur für wenige Betriebe wirtschaftliche Bedeutung. Diese verfügen dann aber auch über große Bestände. Die größere Zahl der Betriebe besitzt nur wenige Schafe, die überwiegend für die Pflege von Restflächen eingesetzt werden. Der Vorteil der Schafhaltung gegenüber der Rinderhaltung ist der geringe Arbeits- und Kapitalaufwand. So können Schafe ganzjährig auf der Weide bleiben, sie benötigen lediglich einen Wetterschutz.

Im Mai 1999 wurden von gut 1 800 Betrieben rund 145 000 Schafe gehalten. Bei einem Vergleich der Ergebnisse von 1999 mit denen von 1991 wirken sich besonders bei der Schafhaltung die Verlegung des Erhebungsstichtages vom Dezember auf den Mai und die Änderung der unteren Erfassungsgrenze aus. In der Schafhaltung ist die Frühjahrschlammung nach wie vor verbreitet, sodass in den zum Stichtag 3. Mai erhobenen Beständen eine große Zahl von Lämmern enthalten ist. Der Vergleich der Schafbestände zu denen, die im Dezember erhoben werden, ist dadurch nur unter Einschränkungen möglich. Dies zeigt sich bei der Betrachtung der Bestandszahlen von 1991, die sich auf den Stichtag 3. Dezember 1990 beziehen. Der Bestand von 121 000 Tieren liegt deutlich unter dem von 1999. Daraus den Schluss zu ziehen, die Schafbestände hätten zugenommen, wäre demzufolge unzulässig. Betrachtet man nur die zur Zucht bestimmten weiblichen Schafe, die älter als ein Jahr sind, so zeigt sich deutlich der Rückgang der Schafbestände.

Bei der Interpretation der Halterzahlen ist die Reduzierung der unteren Erfassungsgrenze von 50 auf 20 Schafe zu berücksichtigen. Dies wirkte sich allerdings kaum auf die Zahl der Betriebe aus, die zum Erfassungsbereich der Agrarstrukturerhebung gehören. Deutlichere Einschränkungen der Vergleichbarkeit haben die neuen Erfassungsgrenzen zu der Zahl der Schafhalter bewirkt, die früher im Rahmen der Viehzählung nachgewiesen wurde.

Auf Rheinland-Pfalz entfallen weniger als 2% der deutschen Geflügelbestände. Die meisten Betriebe halten Geflügel, insbesondere Legehennen, nur für den Eigenverbrauch oder um den lokalen Markt zu versorgen. 1999 wurden von den landwirtschaftlichen Betrieben noch 1,8 Mill. Hühner, 17 900 Truthühner, 5 700 Gänse und 3 100 Enten gehalten.

Landkreis Bitburg-Prüm dominierend in der Rinderhaltung

Rinderhaltung und Milchproduktion finden sich typischerweise auf den Grünlandstandorten. Sie konzentrieren sich in Rheinland-Pfalz auf die Eifel mit dem Landkreis Bitburg-Prüm als Zentrum und den Westerwald. Auf diese beiden Regionen entfällt mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Rinder. Allein im Landkreis Bitburg-Prüm werden mittlerweile 26% der Rinder

und fast ein Drittel der Milchkühe gehalten. Die Rinderhaltung hat sich dabei immer mehr auf diesen Landkreis konzentriert. 1990 standen hier gut 23% der Rinder und 28% der Milchkühe. Die Anteile betrugen 1980 rund 19% bei den Rindern und 23% bei den Milchkühen.

Die Rinderbestände in den an den Landkreis Bitburg-Prüm angrenzenden Landkreisen Daun und Trier-Saarburg repräsentieren 7,9 bzw. 6,2% des Gesamtbestandes. Im Westerwaldkreis und dem Landkreis Altkirchen, die im Wesentlichen das Gebiet des Westerwaldes umfassen, stehen 6,1 bzw. 5% der Rinder.

Die Ammen- und Mutterkuhhaltung hat sich noch nicht so stark regional konzentriert wie die Milchkuhhaltung. Nur knapp 16% der Ammen- und Mutterkühe entfallen auf den Landkreis Bitburg-Prüm, weitere gut 10% auf den Westerwaldkreis. Die arbeits- und kapital-extensive Form der Rinderhaltung findet sich häufig in Nebenerwerbsbetrieben oder in Betrieben, die die Milchproduktion eingestellt haben und jetzt ihre Grünlandflächen durch Ammen- oder Mutterkühe nutzen.

Landkreis Bitburg-Prüm jetzt auch führender Standort für die Schweineproduktion

Neben der Rinderhaltung ist der Landkreis Bitburg-Prüm jetzt auch der Landkreis mit den meisten Schweinen. 21% aller Schweine standen 1999 in den Ställen der landwirtschaftlichen Betriebe des Landkreises Bitburg-Prüm. Sie haben damit den Landkreis Mayen-Koblenz vom ersten Platz verdrängt, auf den 1999 nur noch 17% aller Schweine entfielen. Der Landkreis Mayen-Koblenz lag dagegen 1990 mit einem Anteil von 19,4% noch vor dem Landkreis Bitburg-Prüm (18,7%). Mit weitem Abstand folgen der Rhein-Lahn-Kreis (7,3%) und der Landkreis Trier-Saarburg (6,5%).

Bei einer differenzierten Betrachtung zeigt sich, dass in Bitburg-Prüm die arbeitsintensive Ferkelproduktion beheimatet ist. Ein Viertel aller Zuchtsauen steht mittlerweile hier, während auf den Landkreis Mayen-Koblenz nur 15% der Zuchtsauen kommen. Im Bereich der Mastschweinehaltung liegen Bitburg-Prüm mit knapp 19% und Mayen-Koblenz mit fast 16% dicht beieinander. Ein Grund dürfte sein, dass in der Eifel aufgrund der geringeren Ackerflächen und Erträge die Betriebe nur über eine intensive Viehhaltung ein ausreichendes Einkommen erzielen können. Anders ist dagegen die Situation in Mayen-Koblenz. Auf den guten Böden kombinieren die Landwirte den Marktfruchtbau mit der Fleischproduktion, da sie arbeitsmäßig besser zum Marktfruchtbau passt. Die Mastschweinehaltung findet sich deshalb auch verstärkt auf den Ackerbaustandorten. Über höhere Anteile an der Mastschweinehaltung verfügen noch der Rhein-Lahn-Kreis (7,9%), der Landkreis Südwestpfalz (6,3%) sowie der Rhein-Hunsrück-Kreis (6%) und der Donnersbergkreis (5,8%).

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Das Erntejahr 2000

Die Feststellung der Ernten von Feldfrüchten, Obst, Gemüse und Weinmost ist eine klassische Aufgabe der amtlichen Agrarstatistik. Bereits vor 100 Jahren meldeten so genannte Saatenstandsberichterstatler dem Kaiserlichen Statistischen Amt von April bis November den Saatenstand und die Ernteerträge für jede Gemeinde. Diese Berichterstattung zur Feststellung des Wachstumstandes und der Erträge wird bis in die heutige Zeit nach ähnlichen Grundsätzen praktiziert. In Rheinland-Pfalz basieren die Erträge auf den Schätzungen von rund 1 100 Ernteberichterstatlerinnen und Ernteberichterstatlern, die nach Vegetationsbeginn ab April Meldungen zur Ertragsentwicklung für den Bereich ihrer Wohngemeinde oder für ihren Betrieb abgeben. Im weiteren Vegetationsverlauf werden die subjektiven Berichterstatlerschätzungen durch objektive Ertragsmessungen im Rahmen der Besonderen Ernteermittlung für Getreide und Kartoffeln oder bei Sauerkirschen und Äpfeln durch zusätzliche Befragungen in Erzeugerbetrieben ergänzt. Die endgültige Höhe der Weinmosternte wird aus den nach EU-Recht vorgeschriebenen Erntemeldungen der Winzer sekundärstatistisch aus der EG-Weinbaukartei aufbereitet.

Neben der Feststellung der Erträge werden verschiedene Erhebungen zur Ermittlung des Anbauumfangs durchgeführt. Für Feldfrüchte und Grünland findet jährlich im Mai die Bodennutzungshaupterhebung statt. Sie liefert bereits im Juli ein vorläufiges Ergebnis über die Anbauflächen auf der Basis einer Stichprobe von knapp einem Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebe. Im Marktbobstbau liegen Baumzahlen und Anbauflächen aus der alle fünf Jahre stattfindenden Obstanbuerhebung vor. Aus der Gemüseanbauerhebung wird nach Gemüsearten jährlich bis Anfang Oktober ein endgültiges Ergebnis erstellt. Aktuelle Daten zu den Ertragsreife- flächen stehen aus der sekundärstatistischen Auswer-

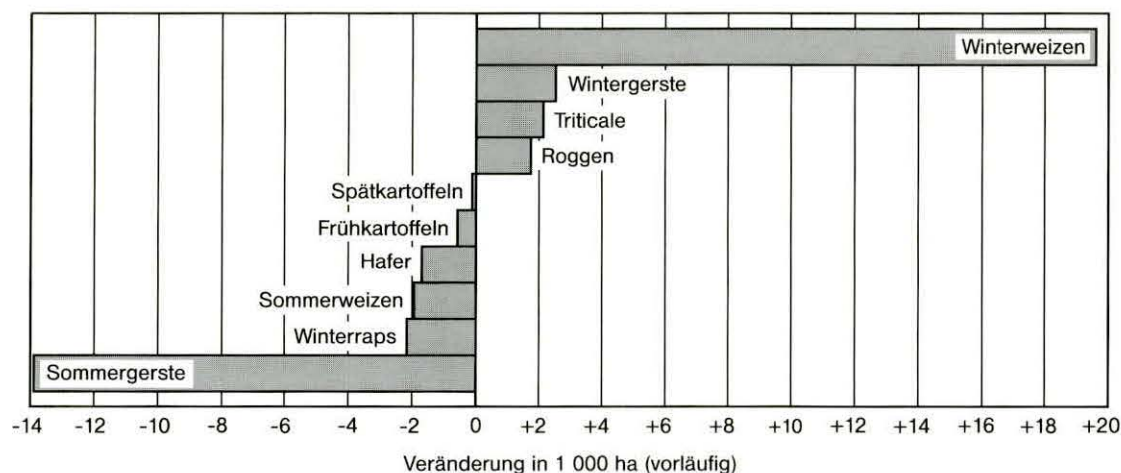
tung der EG-Weinbaukartei im Februar des auf das Erntejahr folgenden Jahres zur Verfügung. Aus dem Anbauumfang und dem Ertrag werden Erntemengen für alle in die Erntestatistik einbezogenen Kultur- und Fruchtarten berechnet.

Bereits aus den ersten Erntevorhersagen lassen sich schon frühzeitig Vorstellungen über die Markt- und Preisentwicklung ableiten. Die zum Ende des Erntejahres vorliegenden endgültigen Ergebnisse finden dann hauptsächlich Verwendung zur Erstellung von Ernte- und Versorgungsbilanzen. Viele der nachfolgenden Ergebnisse haben aufgrund ausstehender endgültiger Ertragsermittlungen oder Flächendaten noch vorläufigen Charakter. Die endgültigen Ergebnisse weichen in der Regel jedoch nur geringfügig von den vorläufigen ab.

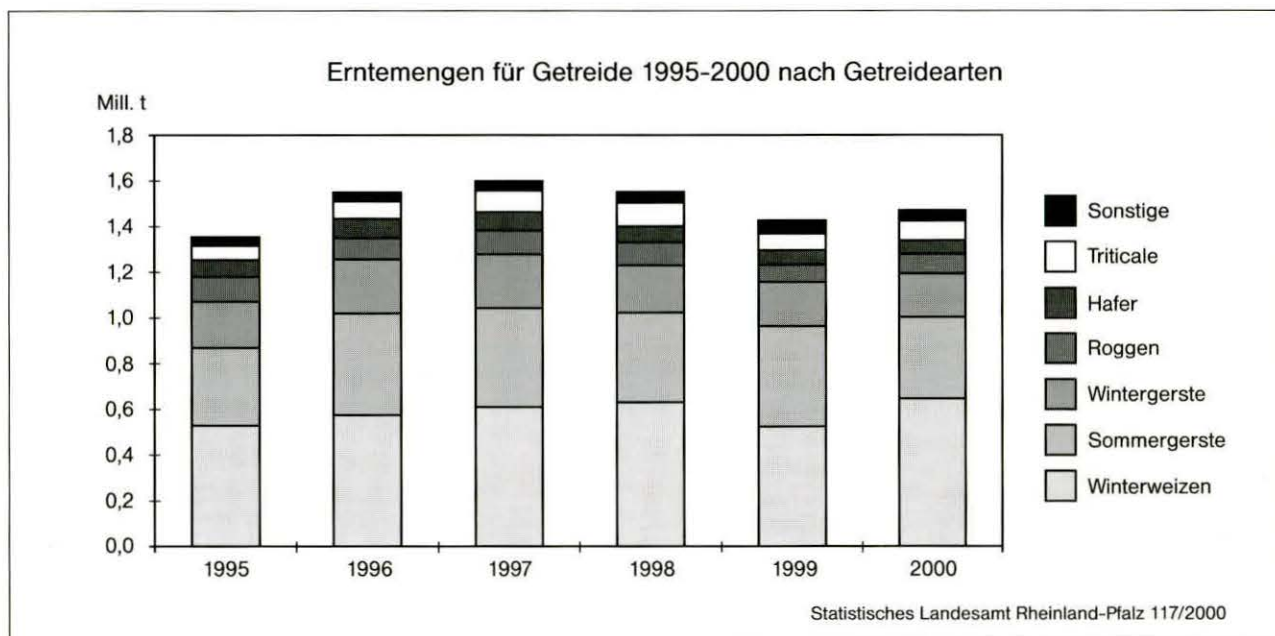
Günstige Aussaatbedingungen im Herbst und Frühjahr

Die Bestellung von Wintergetreide und -raps im Herbst 1999 konnte größtenteils termingerecht durchgeführt werden. Hohe Krummentemperaturen und ein ausreichendes Feuchtigkeitsangebot führten zu einem raschen Aufgang der Saaten. Früh gesäte Bestände hatten sich teilweise üppig entwickelt. Entsprechend dem guten Wachstumstand wurden die Wintersaaten von den Ernteberichterstatlerinnen und -berichterstatlern Anfang Dezember überdurchschnittlich und besser als im letzten Jahr beurteilt. Aufgrund des milden Winters sind an den Wintersaaten keine nennenswerten Auswinterungsschäden entstanden. Die Frühjahrsbestellung erfolgte überwiegend unter günstigen Bedingungen. Der Wachstumstand der Winterfeldfrüchte im April präsentierte sich weiterhin überdurchschnittlich und besser als im letzten Jahr. Hochsommerliche Witterungsabschnitte im Frühjahr bei überwiegend ausrei-

Veränderung der Anbauflächen ausgewählter Feldfrüchte zwischen 1999 und 2000



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 116/2000



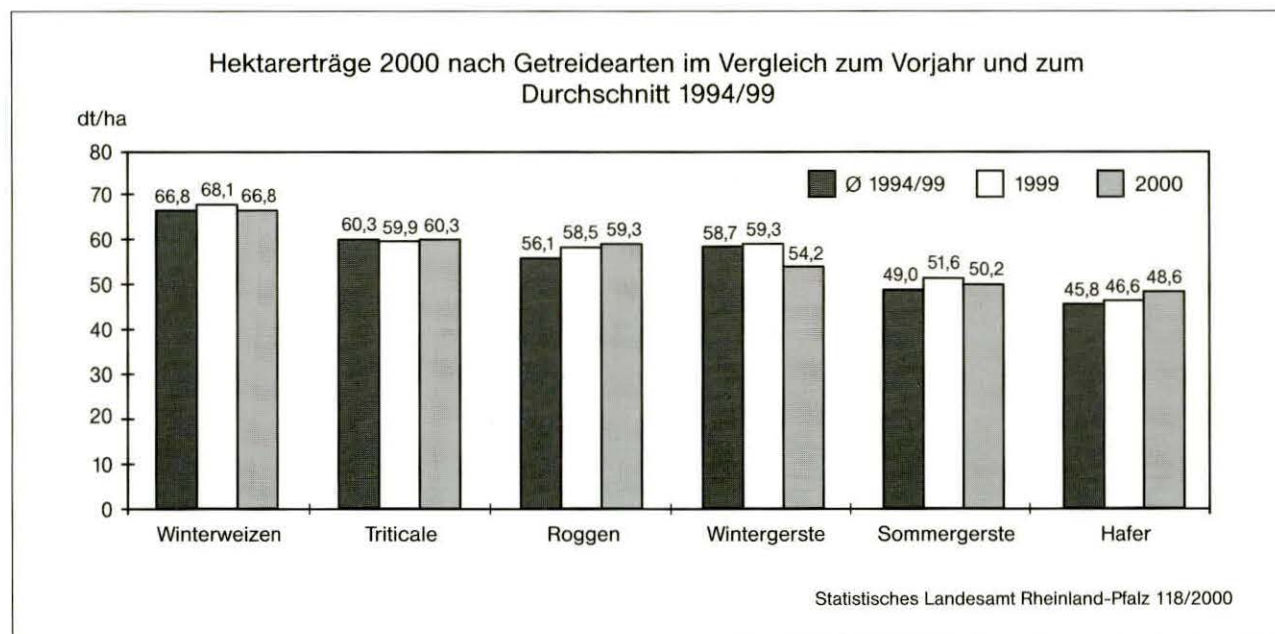
chender Wasserversorgung haben den Wachstums- und Reifeprozess beschleunigt. Teilweise wurden auch Trockenschäden festgestellt. Der erste Schnitt der Raufutterernte ist unterdurchschnittlich und niedriger als im letzten Jahr ausgefallen. Ursache hierfür dürfte wohl ein vielfach früher Schnittzeitpunkt gewesen sein. In der letzten Juniwoche konnte bereits mit der Wintergerstenernte begonnen werden. Nach einer langen Unterbrechung durch die anschließende Regenperiode im Juli konnte die Getreideernte dann größtenteils im August unter überwiegend günstigen Bedingungen eingebracht werden.

Hohe Getreideernte durch Ausdehnung der Anbauflächen

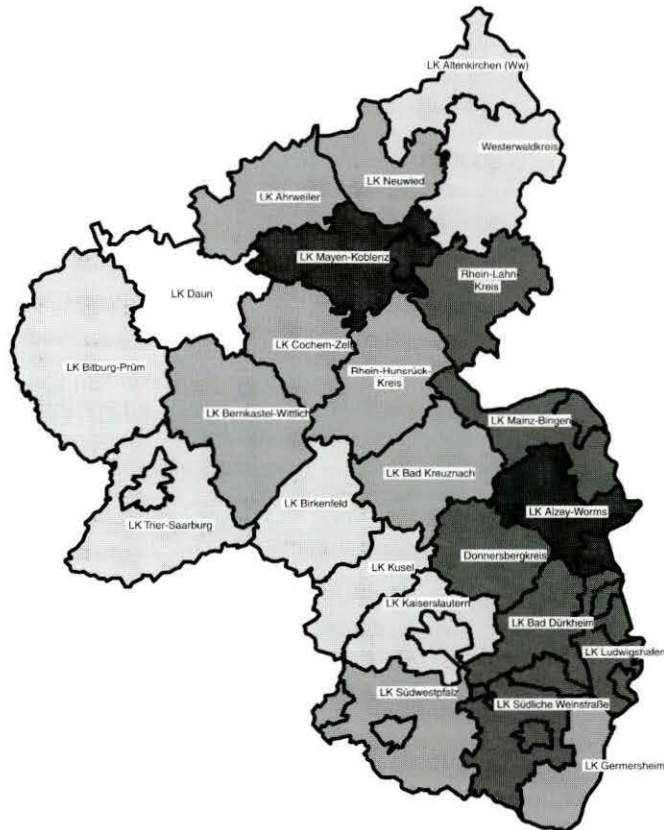
Nach dem jetzigen Ergebnisstand erreichte die Getreideernte in Rheinland-Pfalz rund 1,47 Mill. t. Die Vorjahresmenge wird damit um 3% überschritten. Gegen-

über dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre bedeutet das eine geringfügige Zunahme von 1%. Winterweizen hat mit 44% den größten Anteil an der Erntemenge, gefolgt von der Sommergerste mit 24%.

Ursache für das höhere Ernteaufkommen gegenüber dem Vorjahr war die Ausdehnung des Getreideanbaus um 3%. Außerdem ist in diesem Jahr wieder rund ein Viertel mehr ertragsstärkerer Winterweizen angebaut worden, während die ertragsschwächere Sommergerste um 16% eingeschränkt wurde. Im letzten Jahr mussten viele Landwirte auf Sommergetreide ausweichen, da sie wegen des nassen Herbstes 1998 den geplanten Wintergetreideanbau nicht vollständig realisieren konnten. Weitere Anbaurückgänge gab es in diesem Jahr auch bei Hafer und Sommerweizen. Dagegen wurden für Wintergerste, Roggen und Triticale höhere Anbauflächen ermittelt.



Hektarertrag von Getreide im Sechsjahresdurchschnitt 1994-1999 nach Verwaltungsbezirken¹⁾



Landesdurchschnitt: 57,0 dt/ha



1) Landkreise einschl. der kreisfreien Städte, die mit ihnen überwiegend räumlich verbunden sind.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außer bei Wintergerste zufriedenstellende Getreideerträge

Die günstigen Aussaatbedingungen, der milde Winter und eine gute Wasserversorgung haben die Grundlage für gute Flächenenerträge gelegt. Im Durchschnitt aller Getreidearten lag der Ertrag mit 58,3 dt/ha auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Aufgrund der Witterungsextreme von Mai bis Juli sind jedoch größere regionale Ertragsunterschiede festzustellen. Außer bei der Wintergerste wurde bei allen Getreidearten der sechsjährige Durchschnitt erreicht oder übertroffen. Die durchschnittlichen Hektarerträge der beiden anbaustärksten Getreidearten Winterweizen (67 dt) und Sommergerste (51 dt) lagen etwas unter den Vorjahreswerten, während Roggen (59 dt) leicht darüber rangierte. Beim Hafer (48 dt) konnten dagegen bessere Erträge erzielt werden. Die Flächenleistung der Wintergerste (54 dt) blieb, auch wegen der Probleme durch die verzögerte Ernte, deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Die wichtigsten Weizensorten in diesem Jahr waren Batis, Ritmo, Charger und Flair. Auf diese vier Sorten entfiel fast die Hälfte der Winterweizenproben der Besonderen Erntemittlung. Auffallend war eine starke Zunahme des Anbaus von EU-Weizensorten.

Verregnete Qualitäten

Mengenmäßig wurden 23% mehr Winterweizen geerntet. Durch den starken Rückgang des Sommerweizenanbaus ist die Weizenernte insgesamt jedoch nur um knapp 20% höher ausgefallen. Auch bei Roggen und Triticale sind in erster Linie aufgrund größerer An-

baufächen 15 bzw. knapp 19% mehr als im letzten Jahr geerntet worden. Deutlich niedriger ist dagegen die Sommergerstenernte ausgefallen. Im Vergleich zum Durchschnitt 1994/99 wurden 11% weniger geerntet, gegenüber 1999 bedeutet das einen Rückgang um 18%. Die Braugerstenqualität zeigte hinsichtlich der Vollkornanteile und Eiweißgehalte gute Ergebnisse. Dagegen haben die Backqualitäten von Weizen und Roggen unter der regnerischen Juliwitterung gelitten. Vor allem die Fallzahlen (Stärkeviskosität) als Qualitätsmerkmal für die Backqualität sind vielfach sehr niedrig ausgefallen. Während beim Winterweizen 51% der untersuchten Proben der Besonderen Erntemittlung unter dem für die Intervention festgelegten Grenzwert für Brotgetreide von 220 lagen, waren es beim Roggen sogar 71%, die den entsprechenden Grenzwert von 120 nicht erreichten. Demzufolge mussten viele Partien als Futtergetreide zu deutlich niedrigeren Preisen vermarktet werden.

Ertragseinbußen im Osten Deutschlands

Interessant ist ein Vergleich der rheinland-pfälzischen Getreideernte mit dem Bundesergebnis. Mit 42 Mill. t übertrifft die deutsche Getreideernte das sehr gute Vorjahresergebnis um 2%. Allerdings sind auch bundesweit sehr große regionale Unterschiede zu verzeichnen. Vor allem die fehlenden Niederschläge im Mai und Juni haben im Osten Deutschlands zu stärkeren Ertragseinbußen geführt. Während die Erntemenge im früheren Bundesgebiet um 7% auf 26,9 Mill. t zugenommen hat, ist sie in den neuen Ländern um 6% auf

15 Mill. t zurückgegangen. Deutlich höhere Getreideernten gegenüber 1999 waren in Baden-Württemberg (+14%), Bayern (+13%) und Schleswig-Holstein (+13%) zu verzeichnen, wohingegen in Brandenburg größere Einbußen (-16%) hingenommen werden mussten.

Weniger Raps, mehr Spätkartoffeln

Insgesamt 7% des Ackerlandes in Rheinland-Pfalz wurden im Wirtschaftsjahr 1999/2000 mit Raps bestellt (29 000 ha). Davon wurden wie im letzten Jahr rund 6 000 ha auf stillgelegten Flächen angebaut; die hier erzeugten Mengen finden als nachwachsender Rohstoff im industriellen Bereich Verwendung. Der Anbau von Winterraps wurde gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 27 600 ha eingeschränkt. Der Rückgang der Anbauflächen sowie geringere Erträge mit durchschnittlich knapp 29 dt/ha haben zu einer um 19% niedrigeren Winterrapsernte beigetragen. Die Erzeugerpreise sind jedoch im Vorjahresvergleich angestiegen.

Auch die Kartoffelanbauflächen sind in diesem Jahr zurückgegangen (-7%). Hauptursache war die Reduzierung der Frühkartoffelflächen um 15%, während bei den mittelfrühen und späten Kartoffeln nur eine geringe Anbaueinschränkung (-2%) zu verzeichnen war. Beim Frühkartoffelanbau gehört Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 19% an der deutschen Frühkartoffelfläche zusammen mit Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zu den bedeutendsten Erzeugerländern. 29% der diesjährigen Kartoffelernte von 369 000 t entfallen auf Frühkartoffeln. Trotz der etwas höheren Erträge als im Vorjahr und im langjährigen Mittel lag die Frühkartoffelerzeugung um knapp 14% niedriger als 1999. Das Aufkommen an mittelfrühen und späten Kartoffeln überschreitet nach den sehr guten Ergebnissen der landesweiten Proberodungen im Rahmen der Besonderen Erntetermineitlung (414 dt/ha) die Vorjahresmenge um 21%.

Wie bei den späten Kartoffeln werden auch für Zuckerrüben und Silomais hohe Flächenleistungen erwartet. Hier haben sich die zügige Frühjahrsentwicklung und eine ausreichende Wasserversorgung zum Vorteil ausgewirkt. Für Zuckerrüben wird trotz eines Flä-

chenrückgangs mit einer höheren Ernte als im Vorjahr gerechnet. Neben dem guten Massenzuwachs beim Silomais ist auch die Reifeentwicklung positiv verlaufen, sodass die Maissilagen für die Rindviehfütterung sehr gute Qualitäten versprechen. Auch dem Grünland haben die Sommerniederschläge hohe Zuwächse beschert, sodass der Wachstumsstand sich überdurchschnittlich und besser als im Vorjahr präsentierte. Die Ertragsschätzungen für Futtererbsen liegen dagegen unter dem Vorjahresniveau.

Produktion von Feldsalat und Spinat stark ausgedehnt

Der Gemüseanbau in Rheinland-Pfalz entwickelt sich weiterhin positiv. In diesem Jahr sind gut 13 900 ha Gemüse angebaut worden, was einem Flächenzuwachs gegenüber 1999 von 600 ha entspricht. Der Schwerpunkt der Gemüseproduktion liegt in der Pfälzischen Rheinebene. Hier befinden sich im Großraum Ludwigshafen rund 90% aller rheinland-pfälzischen Gemüsefelder.

Die anbaustärksten Arten sind Möhren, Radieschen, Blumenkohl, Feldsalat, Zwiebeln, Kopfsalat und Spargel. Sie allein beanspruchen 60% der Gemüseanbauflächen. In diesem Jahr wurde die Produktion von Feldsalat (+248 ha) und Spinat (+192 ha) am stärksten ausgedehnt. Feldsalat, eine typische Zwischen- oder Nachkultur, hat seine Fläche in den letzten drei Jahren von rund 200 ha auf gut 900 ha vervierfacht. Weitere Produktionsausweitungen gab es noch bei Zwiebeln, frühen Möhren, Buschbohnen, Radieschen, Frischerbse, Zucchini und Brokkoli. Dagegen war der Anbau von Kopf-, Lollo- und Eisalat sowie fast aller Kohlsorten rückläufig.

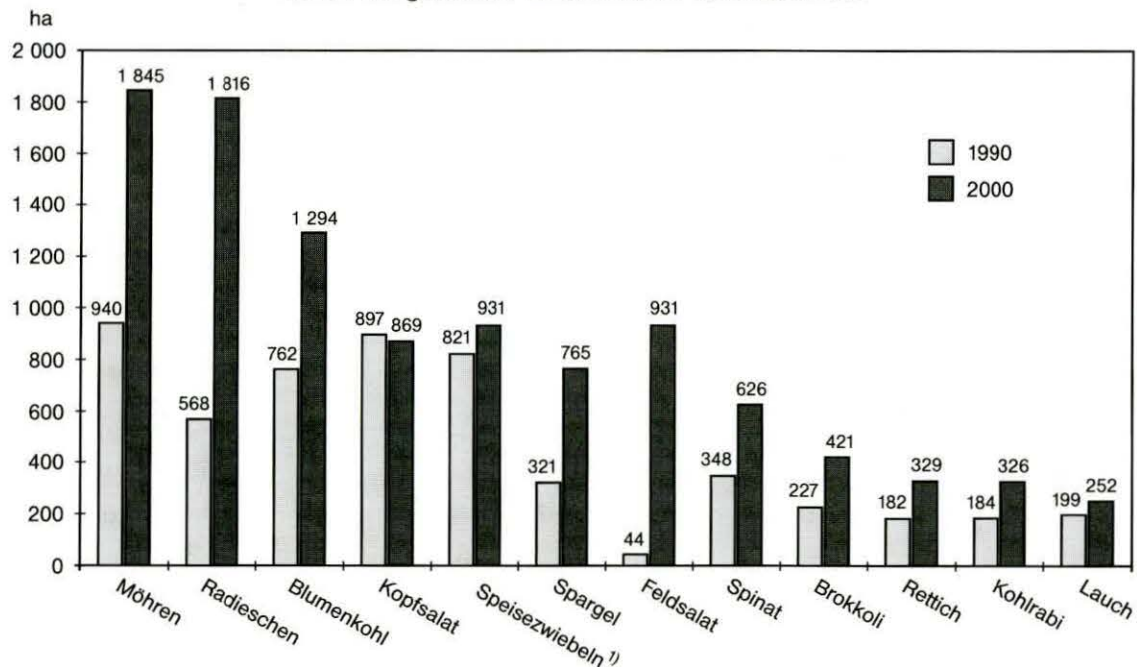
In der Regel zeigen die Erträge im Gemüsebau nur geringe jährliche Schwankungen. Bei den intensiven Produktionsverfahren wirken vor allem die vorhandenen großflächigen Beregnungsmöglichkeiten ertragsstabilisierend. In diesem Jahr waren jedoch die hohen Niederschläge eher erschwerend. Zum einen war der Befallsdruck durch Bakterien und Pilzkrankheiten hoch, zum anderen war ein Befahren der Bestände zur Durchführung notwendiger Pflanzenschutz- und Düngungsmaßnahmen vielerorts kaum möglich.

Ernteergebnisse ausgewählter Feldfrüchte 2000

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag			Erntemenge		
	1999	2000 ¹⁾	D 1994/99	1999	2000	D 1994/99	1999	2000 ¹⁾
	1 000 ha			dt			1 000 t	
Getreide insgesamt	243,9	252,2	57,0	58,5	58,3	1 459,6	1 426,3	1 469,3
darunter								
Winterweizen	77,0	96,6	66,8	68,1	66,8	555,5	524,5	645,7
Roggen	12,8	14,5	56,1	58,5	59,3	95,3	74,7	86,1
Wintergerste	32,4	34,9	58,7	59,3	54,2	204,7	192,3	189,5
Sommergerste	85,2	71,3	49,0	51,6	50,5	406,3	439,9	358,1
Hafer	13,7	12,0	45,8	46,6	48,2	77,0	63,9	58,4
Triticale	12,1	14,3	60,3	59,9	60,3	76,3	72,6	86,1
Frühkartoffeln	4,0	3,4	304,8	309,4	314,2	116,8	122,7	106,0
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	6,5	6,3	326,4	335,1	413,9 ¹⁾	221,0	216,8	262,7
Winterraps	29,8	27,6	31,2	33,0	28,8	70,0	98,3	79,5

1) Vorläufig.

Anbau ausgewählter Gemüsearten 1990 und 2000



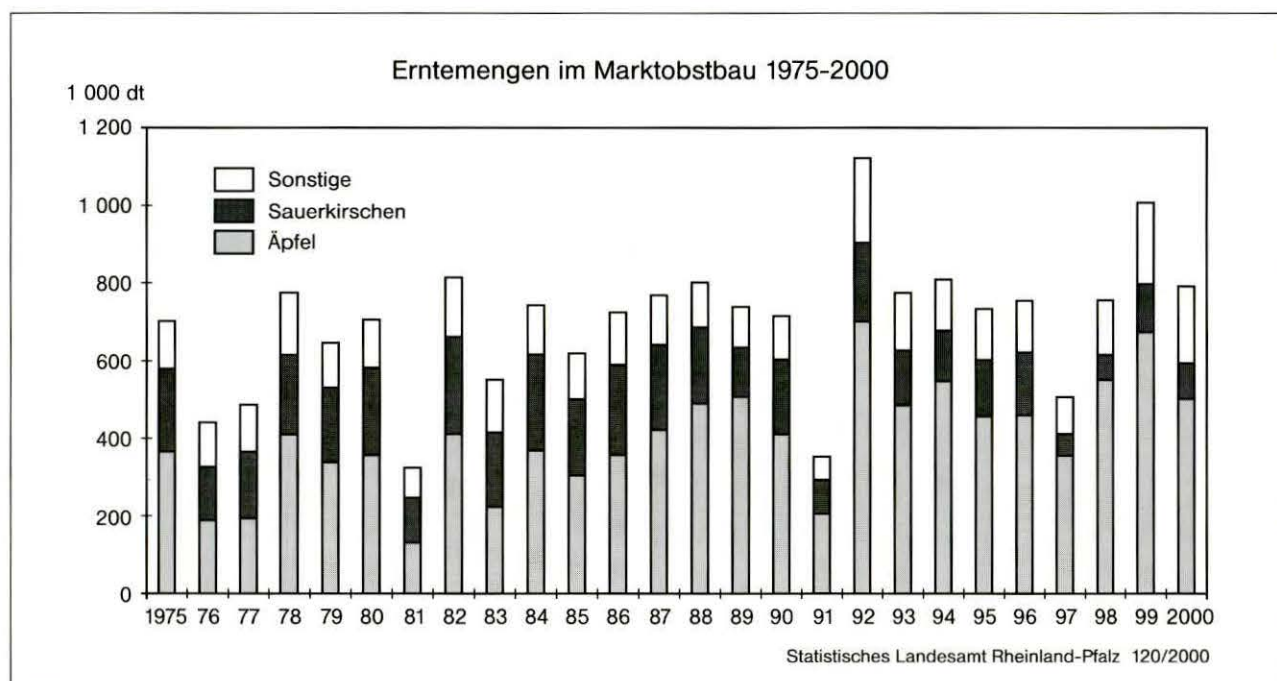
1) 1990 einschl. Bundzwiebeln.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 119/2000

Ernteschätzung für Gemüse im Freiland 2000 nach Gemüsearten

Gemüseart	Anbaufläche		Veränderung gegenüber 1999	Erntemenge		Veränderung gegenüber 1999
	1999	2000		1999	2000	
	ha	ha	%	dt	dt	%
Möhren	1 779	1 845	3,7	725 720	766 790 ²⁾	5,7
Radieschen	1 755	1 816	3,5	539 759	605 091	12,1
Blumenkohl	1 316	1 294	- 1,7	400 854	382 085 ²⁾	- 4,7
Kopfsalat	1 016	869	- 14,5	277 358	238 176	- 14,1
Speisezwiebeln ¹⁾	842	931	10,6	417 838	446 550	6,9
Feldsalat	684	931	36,1	66 029
Spargel	637	606	- 4,9	23 806	23 089	- 3,0
Spinat	434	626	44,2	87 165	122 910 ²⁾	41,0
Brokkoli	398	421	5,8	94 145	.	.
Rettich	361	329	- 8,9	111 179	98 141	- 11,7
Kohlrabi	349	326	- 6,6	104 339	94 262 ²⁾	- 9,7
Porree (Lauch)	265	252	- 4,9	81 422	82 732 ²⁾	1,6
Lollo Salat	233	195	- 16,3	46 386
Chinakohl	201	202	0,5	83 503	81 022 ²⁾	- 3,0
Rhabarber	187	179	- 4,3	49 076	48 437	- 1,3
Weißkohl	163	133	- 18,4	66 587	538 340 ²⁾	- 19,1
Knollensellerie	149	159	6,7	59 771	59 625 ²⁾	- 0,2
Endiviensalat	110	123	11,8	34 138
Wirsing	101	86	- 14,9	32 061	13 006 ²⁾	- 59,4
Eissalat	90	65	- 27,8	27 663
Rotkohl	67	62	- 7,5	25 757	12 925 ²⁾	- 49,8

1) Seit 1996 nur Trockenzwiebeln und Schalotten. - 2) Vorläufig.



Das jährliche Gemüseaufkommen wird in erster Linie durch die Veränderungen im Anbauumfang bestimmt. Die hohen Temperaturen zur Erntezeit des Spargels haben zu überdurchschnittlichen Flächenleistungen geführt. Trotzdem stand aufgrund kleinerer Anbauflächen ein etwas geringeres Spargelangebot zur Verfügung. Auch die Erträge von Frühkohlrabi und Frühjahrskopfsalat sind überdurchschnittlich und beim Salat auch höher als im letzten Jahr ausgefallen. Spinat brachte dagegen niedrigere Erträge als 1999. Das Ernteaufkommen beim Spinat war jedoch durch den ausgedehnten Anbau um 41% höher, während bei Kohlrabi und Salat die Erntemengen wegen der kleineren Anbauflächen um 10 bzw. 14% niedriger lagen. Bei den frühen Möhren ist Rheinland-Pfalz mit einem Flächenanteil von 43% das bedeutendste Erzeugerland. Infolge guter Erträge und einer weiteren Flächenausdehnung stand in diesem Jahr ein um 14% höheres Ernteaufkommen zur Verfügung.

Fast alle frühen Gemüsearten brachten überdurchschnittliche und etwas bessere Erträge als im Vorjahr. Die Beurteilungen der Wachstumsstände der Spätgemüsearten durch die Gemüseberaterinnen und -berater sind schlechter ausgefallen als 1999 und mit Ausnahme von Wirsing und Brokkoli auch schlechter als im mehrjährigen Durchschnitt. Jedoch ist insgesamt, bedingt durch die größere Anbaufläche und die bisher guten Flächenleistungen, mit einer hohen Gemüseernte zu rechnen.

Ertragseinbußen bei Sauerkirschen

Nach Baden-Württemberg und Niedersachsen ist Rheinland-Pfalz mit knapp 5 200 ha das drittgrößte Obstanbaugebiet Deutschlands. Vier Fünftel des rheinland-pfälzischen Obstanbaus konzentrieren sich in Rheinhessen und der Pfälzischen Rheinebene. Weitere Anbauschwerpunkte liegen in den Landkreisen Mayen-Koblenz und Ahrweiler.

Von Schäden durch Winter- und Frühjahrsfröste ist der Obstbau in diesem Jahr weitgehend verschont geblieben. Jedoch war der Insektenflug während der Blütezeit bei einigen Obstarten teilweise unbefriedigend. Entsprechend sind Blüte und Fruchtansatz von den Ernteberaterinnen und -beratern im Mai zwar überdurchschnittlich, aber tendenziell nicht besser als im Vorjahr beurteilt worden.

Die Süßkirschenenernte hat das bereits hohe Vorjahresniveau noch leicht überschritten. Der Baumertrag im Marktoberbau übertraf den Durchschnitt der letzten sechs Jahre um fast ein Drittel. Dagegen ist die Sauerkirschenenernte deutlich schlechter ausgefallen. Gegenüber dem Vorjahr ist im Marktoberbau ein Viertel weniger geerntet worden. Auch der Ertragsdurchschnitt der Jahre 1994/99 wurde um 5% unterschritten. Bei Sauerkirschen ist Rheinland-Pfalz das bedeutendste deutsche Erzeugerland. Mit 92 400 dt kam knapp ein Viertel der deutschen Ernte aus rheinland-pfälzischer Produktion (1999: 33%). Der Anbauschwerpunkt befindet sich mit zwei Dritteln aller Sauerkirschenbäume im Raum Mainz/Bingen.

Jeder fünfte Zwetschenbaum steht in Rheinland-Pfalz

Aufgrund größerer Anbauflächen und guter Erträge konnte eine um 7% höhere Erdbeerenernte eingebracht werden. Die Vorschätzungen für Pflaumen und Zwetschen lassen im Marktoberbau ähnlich gute Erträge wie im Vorjahr erwarten. Der sechsjährige Ertragsdurchschnitt würde damit um ein Viertel überschritten. Mit gut 410 000 Bäumen im Marktoberbau steht jeder fünfte deutsche Zwetschenbaum in Rheinland-Pfalz. Der rheinland-pfälzische Anteil am Bundesergebnis des letzten Jahres lag bei 22%. Bei Mirabellen und Renekloden sowie Aprikosen konnten überdurchschnittliche Mengen geerntet werden. Die sehr guten Vorjahresergebnisse sind jedoch nicht erreicht worden. Dagegen

Ernteschätzung für Baumobst und Erdbeeren im Marktobstbau 2000

Obstart	Bäume bzw. Anbaufläche	Baum- bzw. Hektarertrag			Erntemenge		
	1997	D 1994/99	1999	2000	D 1994/99	2000	Abweichung vom mehrfährigen Durchschnitt
	Anzahl bzw. ha	kg/Baum bzw. dt/ha			dt		%
Süßkirschen	90 143	19,4	24,7	25,5	16 242	22 985	41,5
Sauerkirschen	564 877	17,2	21,9	16,4	113 825	92 410	- 18,8
Äpfel ¹⁾	3 076 057	17,9	21,9	16,3	507 208	501 397	- 1,1
	2 018 ²⁾	251,3 ³⁾	333,8 ³⁾	248,5 ³⁾			
Birnen ¹⁾	287 005	16,7	18,7	20,2	41 133	57 975	40,9
Pflaumen und Zwetschen ¹⁾	412 703	19,4	27,8	24,1	70 633	99 461	40,8
Mirabellen und Renekloden	42 200	19,0	30,1	25,8	7 773	10 877	39,9
Aprikosen	12 200	12,0	17,5	15,4	1 082	1 877	73,5
Pfirsiche	29 143	10,4	12,4	14,3	2 772	4 180	50,8
Erdbeeren	320 ⁴⁾	86,1 ³⁾	95,5 ³⁾	96,9 ³⁾	23 072	31 008	34,4

1) 2000 vorläufig. – 2) ha. – 3) dt/ha. – 4) Anbaufläche 2000 in ha.

sind bei Pfirsichen ebenfalls über dem Durchschnitt liegende, aber auch gegenüber dem Vorjahr höhere Erträge (+15%) eingebracht worden.

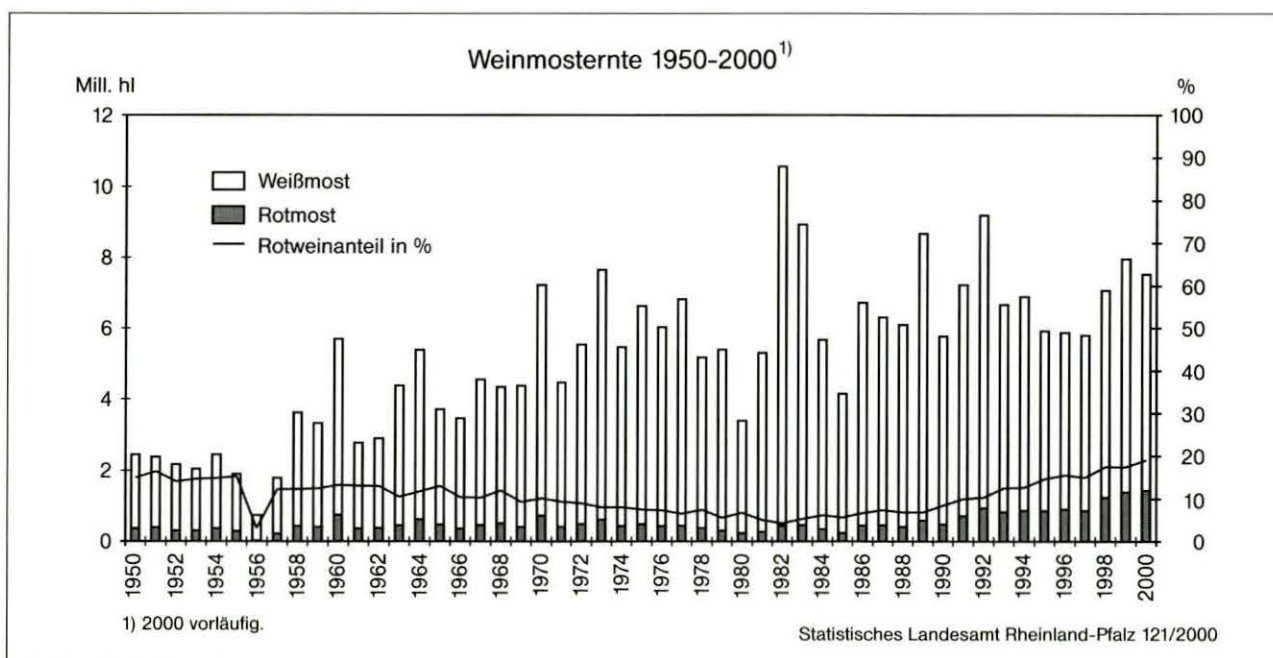
Nachdem bei Äpfeln bereits im Juni der Behang schlechter beurteilt wurde, lassen die Ertragsschätzungen Einbußen im Marktobstbau erwarten. Mit einer Erntemenge von 50 000 t liegt die Ernteprognose um 26% unter dem Vorjahreswert. Teilweise wurden auch Schäden und Ertragsausfälle durch Hagelunwetter gemeldet. Im Streuobstbau wird mit einer guten Ernte gerechnet. Bei Birnen sind die Aussichten im Vergleich zum Vorjahr und zum mehrjährigen Durchschnitt bei allen Anbauformen besser.

Vielversprechende Entwicklung der Reben

Mit einer Ertragsrebläche von 65 000 ha ist Rheinland-Pfalz das größte deutsche Weinbaugebiet. Auf 43% der Flächen werden die weißen Rebsorten Riesling und

Müller-Thurgau angebaut. Der Anteil der roten Rebsorten ist weiterhin auf jetzt 16% angestiegen. Rund zwei Drittel der deutschen Weinmosterte wachen auf rheinland-pfälzischen Rebflächen.

Wie bereits 1998 und 1999 sind auch in diesem Jahr keine nennenswerten Schäden durch Winter- und Frühlingsfröste an Holz, Knospen und Laub der Reben entstanden. Unter dem Einfluss von hohen Temperaturen ist der Austrieb und das weitere Rebenwachstum zügig verlaufen, sodass sich die Reben Ende Mai viel versprechend präsentierten. Der Wachstumsstand erhielt von den Weinbauberichterstatteinnen und -berichterstatteern die beste Bewertung der letzten 50 Jahre. Zusammen mit 1993 war in diesem Jahr der früheste Blühbeginn der letzten 50 Jahre zu verzeichnen. Überwiegend ausreichende Niederschläge, günstige Temperaturen und reichlich Sonnenschein haben die Entwicklung der Reben weiterhin positiv beeinflusst und zu einem guten, zügigen Blüteverlauf beigetragen.



Ernteschätzung für Weinmost 2000

Anbaugebiet Land	Hektarertrag			Erntemenge ¹⁾		
	D 1990/99	1999	2000 ²⁾	D 1990/99	1999	2000 ²⁾
	hl			1 000 hl		
Ahr	85,4	104,9	89,9	41,1	53,5	45,8
Mittelrhein	80,5	96,9	92,8	49,7	53,7	51,5
Mosel-Saar-Ruwer	111,9	135,6	116,5	1 334,8	1 526,0	1 310,8
Nahe	91,3	105,0	96,9	403,9	468,0	431,9
Rheinhessen	102,7	124,0	109,4	2 554,8	3 155,7	2 782,4
Pfalz	110,4	119,9	129,3	2 452,4	2 697,9	2 910,8
Rheinland-Pfalz	105,9	122,9	116,4	6 836,7	7 954,8	7 533,2

1) Berechnet mit der Ertragsrebläche zum Stand 31. Mai 1999. – 2) Vorschätzung September.

93% der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) meldeten insgesamt einen guten Verlauf der Blüte (1999: 77%). Neben Abschwemmungen und Windschäden sind die Reben jedoch regional stark durch Hagel geschädigt worden.

Trotz der kühlen und regnerischen Juliwitterung war der Wachstumsstand der Reben immer noch überdurchschnittlich und ähnlich gut wie im Vorjahr. Nach dem guten Blüteverlauf trat nur eine geringe Verrieselung auf, die keine Ertragseinbußen befürchten ließ. Entsprechend wurde wie zuletzt 1994 ein sehr guter Traubenansatz festgestellt. An Pflanzenkrankheiten und Schädlingen war als Folge der häufigen Niederschläge ein deutlich verstärktes Auftreten von Peronospora und Botrytis zu verzeichnen.

Im August haben sich die Reben unter den überwiegend guten Witterungsverhältnissen weiterhin viel versprechend entwickelt. Die Beerenreife setzte bei allen Rebsorten noch früher ein als im letzten Jahr. Nur bei Riesling und Elbling lag der Beginn der Beerenreife überwiegend nach dem 20. August.

Dritte hohe Weinmosternte in Folge

Die bisherigen Ertragsschätzungen lassen eine voraussichtliche Erntemenge von 7,5 Mill. hl erwarten. Damit würde die Weinmosternte das Vorjahresergebnis

um 5% unterschreiten, aber den zehnjährigen Durchschnitt um 10% übertreffen. Das wäre die dritte hohe Weinmosternte in Folge. Auf dem Fassweinmarkt kam es im Sommer wegen der noch vorhandenen hohen Lagerbestände des Vorjahres zu einem starken Preisverfall. Es wurden daher den Winzern für den Jahrgang 2000 verstärkt ertragsregulierende Maßnahmen durch vorzeitige Entfernung zu zahlreicher und rückständiger Trauben empfohlen. Starke Probleme bereitete jedoch die vielfach auftretende Fäulnis aufgrund der hohen Niederschläge im Spätsommer und Herbst. Auch waren die Mostgewichtzuwächse im Herbst aufgrund der Witterungsbedingungen deutlich niedriger als im Vorjahr. Entsprechend werden vom Jahrgang 2000 nicht so hohe Qualitäten erwartet wie von seinem Vorgänger. Im letzten Jahr lag der Prädikatsweinanteil bei 56%. Weitere Gewissheit bringt das Ergebnis der Ernteberichterstattung Ende November.

Das Erntejahr 2000 in Rheinland-Pfalz war geprägt von überdurchschnittlich hohen Niederschlägen. Während diese sich negativ auf die Getreidequalitäten und hinsichtlich des Krankheits- und Schädlingsbefall ausgewirkt haben, konnte die ausreichende Wasserversorgung Erträge sichern und führte bei einigen Fruchtarten auch zu überdurchschnittlichen Flächenleistungen.

Diplom-Agraringenieur (FH) Rolf Port

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Jan	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 020	4 028	4 028	4 030	4 031
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 814	1 887	2 340	2 626	2 605	2 510 ^p	2 680 ^p	2 285 ^p	2 935 ^p
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,4	5,6	7,1	7,7	7,6	7,3 ^p	8,1 ^p	6,7 ^p	8,6 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 303	3 183	3 262	3 402	3 576
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,5	9,9	9,9	10,4
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 559	3 544	3 210	3 259	3 338
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,6	9,7	9,5	9,8
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	14	15	15	14	18
je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,3	4,6	4,8	4,1	5,0
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 256	- 361	52	143	238
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 1,1	0,2	0,4	0,7
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 967	9 284	8 948	10 502	11 156
Fortgezogene	Anzahl	8 116	8 439	7 547	9 214	9 676
Wanderungssaldo	Anzahl	851	845	1 401	1 288	1 480
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 867	13 678	13 691	15 003	16 032
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	156 654	149 361	142 749	146 535	143 864	133 739	135 719	136 967	132 064
Männer	Anzahl	88 177	82 051	77 235	78 441	76 502	71 980	71 724	71 947	69 087
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 021	7 733	6 629	6 408	6 139	6 204	5 992	5 850	5 574
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 932	44 070	41 898	42 191	41 216	37 897	37 381	37 126	35 539
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,8	8,2	7,8	8,0	7,9	6,9	7,0	7,1	6,8
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,7	9,1	8,7	8,9	8,8	7,6	7,8	7,8	7,6
Offene Stellen	Anzahl	27 279	29 696	32 888	34 117	35 207	35 147	33 079	34 568	34 520
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	799	961	1 052	1 123	1 099	940	921	991	1 034
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 719	6 206	6 759	6 653	6 762	7 072	7 142	7 247	7 042
Kurzarbeiter	Anzahl	4 316	4 887	5 434	3 809	3 563	2 471	1 793	1 099	1 220
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾	t	12 389	12 637	12 190	11 537	12 290	12 299	10 651	10 922	11 666
Rinder	t	3 196	3 207	2 878	2 483	2 784	2 915	2 389	2 387	2 658
Kälber	t	28	29	21	16	23	18	20	18	21
Schweine	t	9 045	9 276	9 162	8 939	9 381	9 237	8 121	8 412	8 875
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 394	63 124	66 991	67 735	64 564	67 387	64 247	64 889	62 527
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	15 581	14 290	13 505	14 152	15 109	13 395	13 290	13 899	14 060
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 276	2 275	2 274	2 279	2 283	2 312	2 315	2 313	2 308
Beschäftigte	1 000	312	308	307	309	309	303	305	305	307
Arbeiter ¹⁰⁾	1 000	200	197	197	198 ^r	199	193	194	196	196
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	26 611	26 090	26 425	24 736 ^r	25 302 ^r	27 557	24 772	23 906	26 119
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 711	1 698	1 895	1 635 ^r	1 624 ^r	1 903	1 885	1 670	1 654
Löhne	Mill. DM	913	903	966	880 ^r	881 ^r	987	950	892	895
Gehälter	Mill. DM	798	796	928	755	743 ^r	916	935	777	759
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 480	9 478	9 876	9 229 ^r	8 989 ^r	10 808	9 788	9 530	10 023
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 876	3 892	4 140	3 820 ^r	3 536 ^r	4 311	4 023	3 915	4 023
Exportquote ¹¹⁾	%	40,9	41,1	41,9	41,4 ^r	39,3 ^r	39,9	41,1	41,1	40,1

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt		June	Juli	August	Mai	June	Juli	August
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	4 311	2 673	2 708	-	-	-	2 310	-	-
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{1) 2)}	Mill. kWh	9 686	10 093	9 418	-	-	-	9 438	-	-
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000t	65	67	60	-	-	-	57	-	-
davon										
leichtes Heizöl	1 000t	33	35	30	-	-	-	26	-	-
schweres Heizöl	1 000t	32	32	30	-	-	-	31	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 146	1 155	1 116	1 157 ^f	1 184 ^f	1 233	1 211	1 203	1 251
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	165	164	154	145 ^f	132 ^f	118	119	113	110
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	563,52	556,13	429,68	428,70	496,31	400,63	456,51
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	81,99	78,03	48,23	42,06	36,59	71,54	54,09
übrige Energieträger	Mill. kWh	481,53	478,09	381,45	386,64	459,72	329,08	402,42
Eigenverbrauch	Mill. kWh	23,90	23,66	20,45	23,49	22,03	15,02	16,80
Pumpstromverbrauch	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	539,63	532,47	409,23	405,20	474,28	385,60	439,71
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	80,78	76,85	47,47	41,28	35,80	70,56	53,31
Laufwasser	Mill. kWh	79,92	76,02	47,33	41,17	35,72	69,87	52,92
Speicherwasser	Mill. kWh	0,86	0,83	0,14	0,11	0,08	0,69	0,40
Windenergie	Mill. kWh	0,15	0,23	0,12	0,14	0,15	0,15	0,11
Solarenergie	Mill. kWh	0,03	0,04	0,05	0,06	0,05	0,05	0,00
Kernenergie	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Steinkohle	Mill. kWh	82,34	70,56	40,63	46,61	45,23	43,68	34,93
Erdgas	Mill. kWh	365,99	372,88	309,94	307,32	382,43	260,51	337,69
Heizöl	Mill. kWh	0,61	0,24	0,05	0,08	0,06	0,05	0,00
Müll	Mill. kWh	8,83	11,09	10,15	9,15	10,26	10,40	13,60
Klärgas	Mill. kWh	0,84	0,51	0,74	0,50	0,18	0,18	0,06
Diesel, Raffineriegas	Mill. kWh	0,06	0,07	0,07	0,08	0,12	0,02	0,01
Stromeinspeisung ³⁾	Mill. kWh	23,80	29,82	25,68	24,23	25,69	31,93	44,89
Saldo des Stromaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 573,80	1 596,98	1 471,82	1 539,73	1 552,44	1 851,63	1 719,61
Stromverbrauch an dem öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 137,23	2 159,28	1 906,74	1 969,17	2 052,40	2 269,16	2 204,21
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,49	0,34	0,21	0,25	0,13	0,00	0,00	0,41	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 625,12	5 887,86	4 158,80	3 947,04	4 217,11	4 339,33	4 109,30	4 473,79	...
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	5 616,92	5 851,27	4 107,31	3 909,05	4 167,26	4 253,12	4 052,85	4 536,74	...
Handwerk ⁶⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998= 100	100	96	95	-	-	-	94	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998= 100	100	104	102	-	-	-	103	-	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	48 170	47 826	48 213	48 309	48 819	46 916	46 836	47 017	47 488
Facharbeiter	Anzahl	24 837	25 018	25 614	25 595	25 789	24 583	24 625	24 504	24 595
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 962	8 631	8 556	8 761	8 888	8 644	8 646	9 010	8 927
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 887	4 841	5 647	4 923	5 339	5 471	4 756	4 254	5 519
Hochbau insgesamt	1 000	3 163	3 063	3 558	3 095	3 276	3 258	2 854	2 606	3 328
Wohnungsbau	1 000	2 188	2 046	2 486	2 035	2 174	2 198	1 889	1 712	2 230
gewerblicher Hochbau	1 000	741	768	808	820	823	786	728	657	790
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	701	733	755	765	762	754	695	634	750
Bahn und Post	1 000	27	19	24	33	32	7	6	8	7
landwirtschaftlicher Bau	1 000	14	17	29	22	29	25	27	15	33
öffentlicher Hochbau	1 000	234	249	264	240	279	274	237	237	308
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	49	64	62	52	72	75	64	59	72
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	185	185	202	188	207	199	173	178	236
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 778	2 089	1 828	2 063	2 213	1 902	1 648	2 191
gewerblicher Tiefbau	1 000	467	468	505	471	512	647	575	497	576
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	372	340	368	339	341	441	354	287	368
Bahn und Post	1 000	95	128	137	132	171	206	221	210	208
öffentlicher Tiefbau	1 000	589	600	757	598	687	721	603	515	713
Straßenbau	1 000	669	710	827	759	864	845	724	636	902
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	200	205	210	209	207	209	204	213
Löhne	Mill. DM	151	153	158	162	162	161	159	158	167
Gehälter	Mill. DM	46	47	47	47	46	46	50	46	46
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	708	716	819	763	740	744	718	698	797

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Von Industriekraftwerken, Anlagen mit erneuerbaren Energien, BHKW und Sonstige. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Messdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Juní	Juli	August	Mai	Juní	Juli	August	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 048	1 113	1 347	1 275	1 111	981	981	943	958
mit 1 Wohnung	Anzahl	762	842	1 005	982	849	781	713	707	711
mit 2 Wohnungen	Anzahl	197	191	257	196	178	136	196	169	169
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	89	80	85	97	84	64	72	67	78
Umbauter Raum	1 000 m³	1 135	1 171	1 356	1 347	1 205	994	1 012	1 062	1 032
Wohnfläche	1 000 m²	199	208	241	243	220	178	183	188	187
Wohnräume	Anzahl	8 835	9 134	10 391	10 691	9 552	7 801	7 901	8 188	8 099
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	487	508	590	589	532	437	448	470	454
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	3	12	3	5	1	3	5
Unternehmen	Anzahl	159	193	193	230	197	176	155	234	131
Private Haushalte	Anzahl	885	916	1 151	1 033	911	800	825	706	822
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	200	217	268	242	268	200	168	168	244
Umbauter Raum	1 000 m³	919	1 084	1 440	1 328	1 212	889	799	819	1 106
Nutzfläche	1 000 m²	157	176	240	217	197	149	112	128	174
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	190	222	298	276	248	156	152	156	226
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	14	27	28	44	9	20	11	47
Unternehmen	Anzahl	170	185	229	209	214	175	142	153	189
Private Haushalte	Anzahl	9	9	12	5	10	7	6	4	8
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 964	1 993	2 329	2 431	2 206	1 657	1 665	1 700	1 787
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 571	3 560	3 793	3 549	3 297	4 322	4 053	3 720	...
EU-Länder	Mill. DM	2 019	2 052	2 240	1 932	1 655	2 344	2 307	2 164	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	246	241	289	210	259	303	289	258	...
Dänemark	Mill. DM	58	55	57	44	55	57	58	50	...
Finnland	Mill. DM	29	25	27	21	23	26	26	20	...
Frankreich	Mill. DM	483	503	544	488	421	576	548	588	...
Griechenland	Mill. DM	27	27	30	27	24	35	38	29	...
Großbritannien	Mill. DM	293	299	388	287	321	271	310	264	...
Irland	Mill. DM	16	18	15	17	14	26	13	11	...
Italien	Mill. DM	248	281	319	248	208	348	348	319	...
Niederlande	Mill. DM	221	196	211	199	213	222	218	208	...
Österreich	Mill. DM	156	137	155	127	133	167	167	148	...
Schweden	Mill. DM	57	63	70	56	65	72	61	46	...
Spanien	Mill. DM	156	173	181	176	154	197	199	190	...
Portugal	Mill. DM	28	33	35	32	25	44	34	32	...
USA und Kanada	Mill. DM	277	292	277	307	258	441	344	316	...
Japan	Mill. DM	72	76	67	90	65	143	89	74	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	482	448	485	458	425	512	507	455	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	361	342	344	388	314	438	394	342	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 650	2 428	2 626	2 410	2 397	2 984	2 725	2 426	...
EU-Länder	Mill. DM	1 686	1 471	1 623	1 360	1 227	1 707	1 702	1 410	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	325	237	241	195	218	315	246	234	...
Dänemark	Mill. DM	48	49	57	49	41	28	96	27	...
Finnland	Mill. DM	12	12	10	24	12	10	11	14	...
Frankreich	Mill. DM	390	367	375	380	350	411	416	333	...
Griechenland	Mill. DM	3	4	5	2	3	1	3	3	...
Großbritannien	Mill. DM	128	107	125	82	114	102	97	77	...
Irland	Mill. DM	21	15	22	21	24	20	8	35	...
Italien	Mill. DM	193	177	203	174	164	197	160	154	...
Niederlande	Mill. DM	289	264	334	217	302	362	394	303	...
Österreich	Mill. DM	96	78	58	65	99	77	80	62	...
Schweden	Mill. DM	48	34	54	29	16	35	42	28	...
Spanien	Mill. DM	106	103	110	109	70	118	120	105	...
Portugal	Mill. DM	27	23	28	13	31	31	28	35	...
USA und Kanada	Mill. DM	200	188	206	198	226	204	184	175	...
Japan	Mill. DM	88	76	89	87	75	94	58	61	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	169	175	186	167	202	211	166	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	224	261	264	270	245	481	326	310	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	91,5	90,8	90,8	90,1	91,5	91,7	91,6	92,3
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	105,9	101,0	98,8	98,9	98,4	100,3	100,3	101,4	100,8
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,6	97,3	95,8	99,4	96,0	106,0	97,3	97,3	99,9
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,8	96,7	95,2	95,9	96,4	97,6	97,9	97,7	98,0
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	104,7	108,3	109,7	108,3	107,2	127,2	113,9	109,2	117,5
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	93,5	86,6	87,5	88,0	87,7	87,7	88,7	88,6	87,5
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	101,3	88,8	88,5	88,6	87,5	88,2	89,4	88,8	87,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,7	99,3	110,9	103,8	107,6	106,6	109,1	105,5	112,5
Tourismus in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1 000	536	570	655	643	786	696	712	701	807
Ausländer	1 000	107	113	130	173	183	137	151	193	186
Übernachtungen	1 000	1 671	1 753	2 000	2 487	2 517	1 982	2 149	2 817	2 701
Ausländer	1 000	314	333	367	624	596	369	411	718	643
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 343	1 285 ^r	1 281 ^r	1 331	1 294 ^r	1 372	1 366
Güterversand	1 000 t	703	721 ^r	724 ^r	837	815 ^r	857	718
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 350	19 005	23 144	21 271	17 768	23 518	19 091	17 800	16 524
Krafträder	Anzahl	1 339	1 271	1 935	1 525	1 777	1 953	1 557	1 212	1 002
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 728	16 370	19 569	18 438	15 477	19 832	16 109	15 391	13 959
Lastkraftwagen	Anzahl	903	954	1 119	832	812	1 205	986	864	949
Zugmaschinen	Anzahl	232	240	311	262	192	285	246	173	190
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	9 602	10 318	10 365	10 027	10 681	11 196	9 605	9 824	10 659 ^p
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 493	1 617	1 911	1 789	1 983	1 912	1 660	1 485	1 823 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 110	8 701	8 454	8 238	8 698	9 284	7 945	8 339	8 836 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 016	2 178	2 538	2 451	2 620	2 541	2 206	2 082	2 506 ^p
Getötete	Anzahl	32	32	43	35	43	29	35	36	32 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	19	20	23	16	27	11	18	23	13 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	14	13	10	12	12	7	11 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	4	4	3	2	2	5	3 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	3	1	2	1	3	2	1	2 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	467	496	630	632	646	549	494	503	601 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	258	263	308	288	291	270	228	281	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	96	106	153	181	187	125	134	105	...
Radfahrer	Anzahl	47	55	93	101	92	80	73	60	...
Fußgänger	Anzahl	47	49	48	39	37	52	36	26	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	117	94	100	89	88	161	142	152	140
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	101 682	67 332	38 345	56 554	98 073	72 772	126 634	66 007	113 838

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt		Juní	Juli	August	Mai	Juní	Juli	August
Kredite und Einlagen ^{1) 2)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	-	-	189 388	-	-	-	199 966	-	-
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	-	-	26 608	-	-	-	25 969	-	-
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	19 997	-	-	-	19 588	-	-
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	142 783	-	-	-	154 409	-	-
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	180 765	-	-	-	189 356	-	-
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	161 233	-	-	-	169 850	-	-
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	-	-	19 532	-	-	-	19 506	-	-
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	8 623	-	-	-	10 610	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	-	-	142 304	-	-	-	141 710	-	-
Sichteinlagen	Mill. DM	-	-	28 754	-	-	-	30 300	-	-
Termineinlagen	Mill. DM	-	-	39 246	-	-	-	40 116	-	-
Sparbriefe	Mill. DM	-	-	10 922	-	-	-	10 650	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	-	-	63 382	-	-	-	60 644	-	-
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	137 597	-	-	-	136 500	-	-
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	133 750	-	-	-	132 347	-	-
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	-	-	3 847	-	-	-	4 153	-	-
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	4 707	-	-	-	5 210	-	-
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 642	3 955	3 899	3 330	4 083	4 848	4 944	3 742	4 329
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 439	1 621	1 764	958	1 686	2 218	2 070	1 028	1 611
Lohnsteuer	Mill. DM	1 133	1 195	921	1 050	1 596	1 502	984	1 069	1 571
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	188	157	-	-	604	569	-	-	629
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	23	62	382	- 159	- 95	- 99	468	- 121	- 83
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	117	84	77	73	26	355	72	51	25
Zinsabschlag	Mill. DM	46	45	12	13	70	92	17	21	88
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	22	20	-	-	59	77	-	-	70
Körperschaftsteuer	Mill. DM	120	234	372	- 19	90	368	530	8	10
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	8	31	-	-	101	111	-	-	- 8
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 203	2 334	2 135	2 372	2 397	2 631	2 873	2 715	2 718
Umsatzsteuer	Mill. DM	707	760	701	771	812	783	714	779	710
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 496	1 573	1 434	1 601	1 586	1 848	2 159	1 936	2 008
Zölle	Mill. DM	200	185	158	189	193	175	216	195	209
Bundessteuern	Mill. DM	230	238	239	220	197	276	311	271	246
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	152	155	135	160	139	187	198	212	186
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	66	71	94	49	47	78	101	49	48
Landessteuern	Mill. DM	128	139	141	134	121	141	133	132	126
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	6	6	6	5	5	4	4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68	61	70	66	58	76	64	66	57
Biersteuer	Mill. DM	7	7	8	8	8	7	9	9	6

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	787	783	855	.	.	.	902	.	.
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	7	.	.	.	0	.	.
Grundsteuer B	Mill. DM	161	167	181	.	.	.	203	.	.
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. DM	532	521	577	.	.	.	619	.	.
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	66	71	70	.	.	.	61	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 974	2 165	2 124	1 885	2 161	2 628	2 715	2 138	2 334
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	630	713	784	412	726	998	925	441	689
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 103	1 205	1 102	1 225	1 237	1 351	1 479	1 395	1 398
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 113	1 186	1 230	916	1 185	1 463	1 358	992	1 092
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	565	620	686	274	625	906	805	314	563
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	387	399	402	412	436	406	420	443	399
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 180	1 229	1 312	.	.
Gewerbsteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	406	405	503	.	.
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	471	503	467	.	.
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	48	58	57	.	.
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,1	104,8	104,8	105,3	105,3	106,2	106,8	107,3	107,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	102,6	101,8	100,8	101,7	101,8	101,4	100,8
Löhne und Gehälter ⁴⁾										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 491	4 586	.	4 603	.	.	.	4 731	.
Arbeiter	DM	4 641	4 731	.	4 747	.	.	.	4 877	.
Arbeiterinnen	DM	3 336	3 422	.	3 439	.	.	.	3 529	.
Bruttostundenverdienste	DM	26,96	27,58	.	27,60	.	.	.	28,27	.
Arbeiter	DM	27,76	28,36	.	28,37	.	.	.	29,05	.
Facharbeiter	DM	29,58	30,33	.	30,37	.	.	.	31,12	.
Angelernte Arbeiter	DM	26,60	27,10	.	27,14	.	.	.	28,03	.
Hilfsarbeiter	DM	22,85	23,04	.	22,95	.	.	.	23,50	.
Arbeiterinnen	DM	20,65	21,17	.	21,23	.	.	.	21,63	.
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,76	20,09	.	20,14	.	.	.	20,49	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,3	38,2	.	38,4	.	.	.	38,5	.
Arbeiter	Std.	38,4	38,3	.	38,5	.	.	.	38,6	.
Arbeiterinnen	Std.	37,1	37,2	.	37,2	.	.	.	37,5	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 349	6 491	.	6 515	.	.	.	6 618	.
Kaufmännische Angestellte	DM	5 857	5 975	.	5 992	.	.	.	6 042	.
Männer	DM	6 763	6 884	.	6 914	.	.	.	6 981	.
Frauen	DM	4 807	4 916	.	4 924	.	.	.	4 975	.
Technische Angestellte	DM	6 722	6 892	.	6 926	.	.	.	7 085	.
Männer	DM	6 886	7 055	.	7 091	.	.	.	7 254	.
Frauen	DM	5 183	5 390	.	5 405	.	.	.	5 545	.
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 586	4 706	.	4 710	.	.	.	4 926	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 562	4 690	.	4 697	.	.	.	4 914	.
Männer	DM	5 212	5 308	.	5 299	.	.	.	5 552	.
Frauen	DM	3 934	4 082	.	4 103	.	.	.	4 281	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 029	82 087	82 056	82 087	82 104
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	35 841 ^p	48 381 ^p	42 267 ^p	47 313 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	63 914 ^p	63 517 ^p	66 386 ^p	68 604 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	70 343 ^p	66 510 ^p	65 359 ^p	64 950 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 5 612	- 6 428 ^p	- 2 993 ^p	1 027 ^p	3 654 ^p
Arbeitslose	1 000	4 279	4 099	3 998	3 938	4 027	3 986	3 788	3 724	3 804
Männer	1 000	2 273	2 160	2 104	2 050	2 073	2 127	1 996	1 947	1 971
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,1	10,5	10,2	10,1	10,3	9,8	9,3	9,1	9,3
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,3	11,7	11,4	11,2	11,5	10,8	10,3	10,1	10,3
Offene Stellen	1 000	422	456	502	491	482	560	567	560	553
Kurzarbeiter	1 000	118	119	137	131	107	107	97	81	66
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 405	6 368	6 332	6 347	6 374 ^f	6 333	6 342	6 361	6 400
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	537	527	505	540	522 ^f	502	562	509	509
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	189 235	194 982	182 052	205 253	192 462 ^f	193 686	224 825	213 260	206 425
Auslandsumsatz	Mill. DM	62 764	66 608	62 068	70 870	65 109 ^f	68 455	80 367	78 666	75 008
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	109,3	111,4	105,3	117,5	110,0	109,1	126,1 ^f	115,9 ^f	115,0
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	109,5	112,5	107,8	117,6	112,9	110,0	126,4 ^f	115,2 ^f	116,5
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	113,9	114,2	105,0	124,2	112,3	112,9	131,5 ^f	125,1 ^f	120,7
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	113,4	108,0	121,7	102,0	113,1	136,3 ^f	116,0 ^f	113,3
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	102,6	97,2	104,0	101,8	97,6	110,2 ^f	101,5 ^f	101,7
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 084	41 201	37 487	36 736	37 528
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 403	32 097	28 697	28 428	28 039	32 100	28 697	28 550	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 156	1 110	1 124	1 129	1 133	1 030	1 039	1 035	1 032
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	116	113	117	133	128	99	120	104	107
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 741	16 915	16 381	18 874	19 199	13 823	16 765	16 042	16 545
Baugenehmigungen ⁸⁾										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 364	19 459	20 562	22 391	22 747	15 550	17 761	16 053	17 191
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 594	17 977	19 110	20 784	21 102	14 502	16 514	14 861	15 993
Wohnfläche	1 000 m ²	3 521	3 403	3 594	3 841	3 949	2 693	3 101	2 844	2 948
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 622	3 442	3 460	4 122	3 844	3 056	3 771	3 426	3 623
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	39 809	36 465	38 932	40 509	40 668	27 453	31 538	29 595	30 379
Handel und Gastgewerbe ⁹⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ¹⁰⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	104,0	100,8	102,8	105,4	103,9	111,9	100,2	102,6
Großhandel										
Umsatz ¹⁰⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	102,8	96,7	104,7	100,1	105,3	120,2	109,4	105,0
Gastgewerbe										
Umsatz ¹⁰⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	95,1	96,0	105,3	100,8	103,2	93,7	104,8	104,3	103,8

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) März, April, Mai und Juni 2000 ohne Hamburg. – 9) Vorläufige Ergebnisse. – 10) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	79 597	82 005	77 140	86 567	86 445	88 508	102 003	96 893	97 228
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	44 983	46 630	45 147	49 870	46 293	52 981	57 269	54 805	53 681
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	4 524	4 578	4 373	4 996	4 006	5 226	5 532	5 263	5 028
Frankreich	Mill. DM	8 825	9 411	9 038	10 597	9 581	10 625	11 834	10 940	9 142
Großbritannien	Mill. DM	6 780	6 940	6 464	6 809	7 217	7 663	8 667	8 032	6 040
Italien	Mill. DM	5 878	6 112	6 274	6 673	6 246	7 042	7 714	7 642	6 099
Niederlande	Mill. DM	5 576	5 372	5 081	5 645	5 406	6 168	6 264	6 161	7 261
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	69 017	71 090	70 476	72 887	71 706	79 123	94 616	85 117	86 882
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 670	37 931	40 028	40 068	38 104	41 425	49 566	43 977	44 923
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	3 870	3 736	3 796	4 079	3 270	4 048	4 831	4 384	4 705
Frankreich	Mill. DM	7 410	7 474	7 670	7 908	7 598	8 058	9 252	8 413	11 092
Großbritannien	Mill. DM	4 724	4 953	5 787	5 171	5 327	5 002	6 950	5 437	7 802
Italien	Mill. DM	5 376	5 278	5 661	5 656	5 486	5 741	6 397	5 990	7 638
Niederlande	Mill. DM	5 785	5 742	5 801	6 116	5 418	7 170	8 477	7 415	6 050
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	50 061	53 301	44 540	66 139	47 737	43 874	49 921	73 778	47 660
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 353	30 056	20 360	45 169	23 466	21 271	24 705	50 968	22 787
Lohnsteuer	Mill. DM	21 523	21 809	20 155	21 317	23 096	19 128	21 009	21 001	23 685
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	926	1 774	- 2 366	8 633	- 2 954	- 804	- 1 713	10 509	- 2 691
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 851	22 354	23 528	20 967	22 346	20 798	24 486	22 807	22 884
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 974	18 189	19 680	16 869	17 993	16 336	18 556	17 112	17 595
Zölle	Mill. DM	540	519	489	488	564	494	582	573	525
Bundessteuern	Mill. DM	10 876	11 773	10 244	12 947	11 164	8 768	14 284	13 082	11 792
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 163	1 160	929	721	671	722	1 040	717	662
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 996	8 774	8 028	9 463	9 034	6 756	11 746	9 334	9 612
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	103,6	102,8	102,4	102,9	103,2	110,2	111,2	111,8	111,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	87,1	82,7	84,0	85,4	84,4	88,2	89,0	90,4	89,8 ^D
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,5	98,5	98,3	98,4	98,7	100,4	101,0	101,3	102,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,7	98,4	98,3	-	-	-	98,7	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,7	98,4	98,3	-	-	-	98,7	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,7	95,5	95,2	-	-	-	97,4	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,3	104,9	104,8	104,9	105,4	106,4	106,3	106,9	107,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	103,2	102,6	101,7	101,5	101,8	101,8	101,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	104,7	106,0	105,6	105,5	105,5	107,3	107,4	107,3	107,3
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,5	101,8	101,9	101,8	101,6	102,0	102,0	101,9	101,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	106,0	107,4	107,4	107,5	107,8	109,7	110,1	110,4	110,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,8	102,1	102,2	102,2	102,2	102,2	102,0	102,0	102,0
Gesundheitspflege	1995 = 100	114,4	110,6	110,5	110,6	110,6	110,7	110,8	110,9	111,0
Verkehr	1995 = 100	104,7	107,6	106,4	107,4	108,2	112,0	111,9	114,5	114,6
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,3	88,2	88,5	87,6	87,6	84,5	84,1	84,0	84,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,1	103,4	102,1	102,6	105,5	104,3	102,8	104,2	106,4
Bildungswesen	1995 = 100	112,9	117,5	117,2	117,2	117,4	119,1	118,8	118,8	118,8
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	103,6	104,9	104,9	105,4	107,2	105,9	105,6	106,3	108,9
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,8	104,5	104,5	104,5	104,5	106,4	106,5	106,6	106,6

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Neuerscheinung:

Statistisches Jahrbuch 2000

Europäische Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie

Bereits seit mehr als 25 Jahren pflegt das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz eine enge Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Nachbarregionen Saarland, Lothringen, Luxemburg und Wallonien auf dem Gebiet der Statistik.

Im Rahmen dieser Kooperation wurde jetzt die vierte, erweiterte Auflage des in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Statistischen Jahrbuchs herausgegeben. Das Jahrbuch enthält auf rund 150 Seiten regionalisierte statistische Ergebnisse mit Kommentaren, Tabellen, Grafiken und Karten zu Bevölkerung, Bildung, Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Umwelt und den Lebensverhältnissen in der Großregion. Gegenüber dem letzten Jahrbuch von 1996 umfasst die aktuelle Ausgabe Daten über ganz Rheinland-Pfalz. Außerdem wurden erstmals Daten zum Handwerk aufgenommen.

Herausgeber sind die statistischen Landesämter Rheinland-Pfalz und Saarland, das Institut National de la Statistique et des Études Économiques – Direction Régionale de Lorraine (INSEE), der Service Central de la Statistique et des Études Économiques (Statec), Luxemburg, sowie die in das Ministère de la Région Wallonne eingegliederten Services des Études et de la Statistique (SES), Namur.

Die in dem neuen Jahrbuch ausgewiesenen Zahlen und Fakten geben Auskunft über ein Grenzgebiet, das sich über mehr als 65 000 km² erstreckt und in dem mehr als 11 Mill. Menschen beheimatet sind. Mit einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von gut 200 Mrd. Euro erbringt die Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie fast 3% der Wertschöpfung in der Europäischen Union. Sie zählt nahezu 5 Mill. Erwerbspersonen, wovon über 40% Frauen sind. Der Anteil des Dienstleistungssektors liegt inzwischen bei mehr als 67%. Das Landschaftsbild der Großregion ist durch einen hohen Waldanteil gekennzeichnet, wobei Rheinland-Pfalz mit 41% an der Spitze liegt. Darüber hinaus gibt es in der Großregion eine Vielzahl von landschaftlich reizvollen Naturparks, die mit einer Fläche von mehr als 1 Mill. Hektar einen großen Erholungswert für die Bevölkerung besitzen.

Das Statistische Jahrbuch Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie 2000 kann beim Statistischen Landesamt und bei den anderen statistischen Ämtern zum Preis von 10 Euro (19,56 DM) zuzüglich Versandkosten bestellt werden.



Statistisches Landesamt · Vertrieb der Veröffentlichungen · 56128 Bad Ems

Telefon: (0 26 03) 71 - 2 45 · Telefax: (0 26 03) 71 - 3 15 · E-Mail: poststelle@statistik-rp.de



Neue Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder: **Realsteuerhebesätze aller Städte und Gemeinden in Deutschland**

Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten mit ihrer Gemeinschaftsveröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ einen neuen Service auf Datenträger an. Die Diskette enthält im Format Excel 5.0/95 die Realsteuerhebesätze der rund 14 000 Städte und Gemeinden in Deutschland.

Für das Jahr 1999 umfasst die Datei die Hebesätze für die Grundsteuern A und B sowie für die Gewerbesteuer. Als zusätzliche Information sind die Einwohnerzahlen der Gemeinden gespeichert.

Das neue Produkt ist besonders für Unternehmens- und Steuerberater interessant oder unterstützt z. B. die Standortbewertung für eine Firmenansiedlung. Für Gemeindeverwaltungen und Kommunalpolitiker ermöglicht es einen Überblick über die Hebesätze der rheinland-pfälzischen Gemeinden im Bundesvergleich.

Die Diskette „Hebesätze der Realsteuern“ ist zum Preis von 80 DM zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Statistisches Landesamt · Vertrieb der Veröffentlichungen · 56128 Bad Ems

Telefon: (0 26 03) 71 - 2 45 · Telefax: (0 26 03) 71 - 3 15 · E-Mail: poststelle@statistik-rp.de

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - September		Ver- ände- rung
	1999	2000	
	Mill. DM		
Landessteuern	1 300,4	1 210,7	- 6,9
Vermögensteuer	47,8	45,9	- 3,9
Erbschaftsteuer	245,8	185,1	- 24,7
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	160,4	131,4	- 18,1
Kraftfahrzeugsteuer	586,2	579,1	- 1,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	175,4	187,3	6,8
Feuerschutzsteuer	18,5	17,3	- 6,2
Biersteuer	66,4	64,5	- 2,9
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	5 384,6	5 312,9	- 1,3
Lohnsteuer	3 725,0	3 787,8	1,7
Veranlagte Einkommensteuer	78,7	120,1	52,5
Kapitalertragsteuer	366,8	339,9	- 7,3
Zinsabschlag	193,4	209,6	8,4
Körperschaftsteuer	1 020,8	855,5	- 16,2
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	3 533,5	3 626,6	2,6
Umsatzsteuer	2 722,3	2 569,0	- 5,6
Einfuhrumsatzsteuer	811,2	1 057,6	30,4
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	57,1	68,5	20,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	27,1	32,5	19,7
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	87,1	104,6	20,1
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	21,0	25,2	20,1
Insgesamt	10 410,9	10 381,0	- 0,3

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im September 2000

Indexbezeichnung	1995 = 100	Verän- derung zu September 1999 in %
Früheres Bundesgebiet ¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	107,6	2,5
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	100,5	0,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	107,8	2,0
Bekleidung, Schuhe	102,5	0,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	112,1	4,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,3	-
Gesundheitspflege	110,5	0,4
Verkehr	115,5	5,7
Nachrichtenübermittlung	83,7	-4,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	104,5	1,2
Bildungswesen	118,9	1,6
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	106,3	1,1
Andere Waren und Dienstleistungen	106,9	2,4
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	107,1	2,1
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	106,8	2,0
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	107,6	2,2
Deutschland ²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	107,7	2,5

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-245, Telefax (0 26 03) 71-315, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2000 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.